

Der Deutsche Holzarbeiter

Eigentum und obligatorisches Organ des christlichen Holzarbeiter-Verbandes Deutschlands.

Erscheint jeden Freitag.
Abonnementspreis: Vierteljährlich 75 Pf. Deutscher Postzeitungskatalog 1924a.
Für die Mitglieder des Verbandes durch die Zahlstellen gratis.

Insertionspreis: Die einpaltige Preitzelle oder deren Raum 15 Pf.
Redaktion und Expedition: Köln a. Rhein, Palmstraße 14. — Telephonruf 7605
Redaktionschluss: Dienstag Mittag.

N. 8. Köln, den 20. Februar 1903. IV. Jahrgang.

Christliche Holzarbeiter, arbeitet unermüdllich an der Ausbreitung des Verbandes!

Gute Gesellenlöhne, eine Gefahr für das Handwerk!

Schon öfter hatten wir Gelegenheit, wahrzunehmen, wie gerade in den Kreisen der Handwerksmeister die Gewährung vernünftiger Gesellenlöhne als der Sündenbock bezeichnet wurden, durch den das Handwerk zugrunde gerichtet würde. Dasselbe Lied stimmt auch die Düsseldorf'sche Handwerkskammer an, indem sie in ihrem Jahresbericht für 1901/02 schreibt:

„Besonders erwähnenswert ist auch, daß die Lohnverhältnisse im letzten Jahrzehnt in allen Handwerksbetrieben auffallend steigende Tendenz gezeigt und eine Höhe angenommen haben, welche auf der einen Seite die wirtschaftliche Existenz vieler Kleinmeister gefährdet, indem sie ihnen infolge Kapitalmangels die notwendige Expansionsfähigkeit benimmt, und sie stellenweise auch in ihren Betrieben sehr zurückschraubt, und die gleichzeitig auf der anderen Seite den Gesellen die Möglichkeit zur Selbständigmachung sehr erschwert. Dadurch wird in Verbindung mit den günstigen Lohnverhältnissen die Verheiratung der Gesellen gefördert und ein Mittelweg zwischen Handwerker und Fabrikarbeiter, eine besonders soziale Spezies gebildet, deren Bestrebungen naturgemäß nur noch auf weitere Steigerung der Löhne gerichtet sein kann, und die nun glaubt, nur im gewerkschaftlichen Zusammenschlusse ihre Bestrebungen konzentrieren zu sollen, dadurch aber die Interessengegensätze zwischen Meister und Geselle verschärft, kein Interesse am Innungsleben hat, um hier mit dem Meister eine gemeinsame Interessenspolitik zu verfolgen.“

Als wir im vergangenen Herbst in Bochum die Lohnbewegung führten, da waren es gerade die vernünftigt denkenden Handwerksmeister, die einen entgegengesetzten Standpunkt einnahmen, wie ihn hier die Handwerkskammer einnimmt. Sie erklärten damals, daß gerade die schlechten Arbeitsverhältnisse die Gesellen dem Handwerk entfremden und jenen Erwerbszweigen zuführten, die ihnen ein besseres Auskommen böten. Auch sei es eine unlegbare Tatsache, daß die konkurrenzfähigen Betriebe in jenen Gegenden und Ortschaften vorhanden seien, wo die besten Arbeitsverhältnisse beständen. Letzteres erklärt sich eben ganz natürlich aus dem Umstande, daß gute Arbeitsverhältnisse auch tüchtige Arbeitskräfte anziehen, diese aber bedeutend mehr zu leisten vermögen, wie minderwertige Kräfte. Wenn nun trotz und alledem die Düsseldorf'sche Handwerkskammer in ihrem Geschäftsbericht zum Ausdruck bringt, daß gute auskömmliche Löhne die Existenz der Kleinmeister gefährdeten, so erweist sie mit einer solchen Behauptung den Handwerksmeistern den denkbar schlechtesten Dienst. Würden dieselben nämlich in niedrigen Löhnen für die Gesellen ihr Heil suchen, dann bleibt auch ihnen sicherlich die Enttäuschung über den Erfolg nicht erspart. Sie werden dann, allerdings zu ihrem eigenen Schaden, die alte Erfahrung in neuer Auflage bestätigt erhalten, daß gute Löhne tüchtige Arbeitskräfte mit sich ziehen, während umgekehrt schlechte Löhne und schlechte Arbeitsverhältnisse auch die Arbeitgeber schädigen. Daß aber durch gute Löhne die Selbständigmachung der Gesellen erschwert werden soll, wie es oben die Handwerkskammer andeutet, ist einfach lächerlich. Wenn heute Gesellen ein selbständiges Geschäft gründen wollen, so können sie vor allen Dingen neben den erforderlichen Kennt-

nissen das notwendige Kleingeld nicht entbehren. Haben sie dieses nicht, so werden ihnen nur in Ausnahmefällen die Kenntnisse allein es ermöglichen, selbständig zu werden. Kenntnisse und Geld, beides zusammen müssen heute diejenigen haben, welche ein Geschäft gründen wollen, und beides muß eben in sehr vielen Fällen in den Gesellenjahren erworben werden. Dann aber auch liegt die Ursache, daß die Gesellen nicht mehr selbständig werden können, in ganz anderen Verhältnissen begründet. Mit den technischen Erfindungen entwickelte sich die Industrie, welche dem Handwerk schwere Konkurrenz machte. Es war von diesem Moment an für das Handwerk eine Notwendigkeit, sich ebenfalls die technischen Erfindungen anzueignen. Diese aber brachten unwillkürlich eine Vergrößerung der Betriebe mit sich, machte sie sogar in sehr vielen Fällen unumgänglich notwendig, was gleichzeitig den Gesellen mehr und mehr die Aussicht auf Selbständigkeit raubte. An dieser Entwicklung ist eben nichts zu ändern; es gilt vielmehr, sich derselben anzupassen. Uebrigens wird kein vernünftiger Mensch behaupten können, daß es jemals wieder möglich wird, allen gelernten Handwerksgejellen die sichere Aussicht auf Selbständigkeit zu verschaffen. Diese Zeiten sind für immer vorbei. Nach den Erhebungen des kaiserl. statistischen Amtes in Berlin, welches im Jahre 1895 über die Lage des Handwerks Erhebungen anstellte, die sich auf 1/10 der deutschen Bevölkerung erstreckte, kamen auf 100 Handwerksmeister 112,8 Gesellen und Lehrlinge. Dasselbe Verhältnis betrug im Jahre 1816: 56,19, 1834: 60,48, 1846: 84,30, 1861: 104,44. Bergegenwärtigt man sich nun, daß in manchen Handwerksbetrieben mehrere Hundert gelernte Gesellen beschäftigt werden, so leuchtet daraus unzweifelhaft hervor, daß es gar nicht denkbar ist, daß diese Gesellen alle sich selbständig machen können.

Die günstigen Löhne der Gesellen sollen dann weiterhin bei diesen die Lust zum Heiraten vermehren. Man sollte bald annehmen, daß im Bezirk der Handwerkskammer Düsseldorf die Gesellen einfach glänzende Lohnverhältnisse hätten, die ein sorgenfreies Familienleben ermöglichen! Thatsächlich aber sieht es dort vielfach ganz anders aus. Auch im Düsseldorf'schen Bezirk werden, wenn auch nicht im allgemeinen wie in manchen andern Gegenden, noch vielfach Löhne gezahlt, die nichts weniger wie ein geordnetes Familienleben gestatten.

Was sodann den gewerkschaftlichen Zusammenschluß angeht, durch den die Interessengegensätze verschärft werden sollen, so ist auch diese Behauptung nicht richtig. Wohl kann man es begreifen, daß die Handwerksmeister, wenigstens teilweise in ihrer Kurzsichtigkeit die Gewerkschaften über alle Berge wünschen. Nichtsbestoeneriger aber haben die Gesellen ebensogut das Recht, sich zur Verbesserung ihrer wirtschaftlichen Verhältnisse zu organisieren, wie auch die Herren Meister. Die Interessengegensätze werden dadurch nicht verschärft sondern auszugleichen gesucht. Wenn dies allerdings nicht paßt, dem ist nicht zu helfen. Geändert wird dadurch auf keinen Fall etwas an der Thatsache, daß die Handwerksgejellen sich immer mehr gewerkschaftlich organisieren, und das mit Recht!

Sozialpolitische Anträge im Reichstage.

Ende gut, alles gut, so scheinen unsere Volkvertreter im Reichstage augenscheinlich auch zu denken, indem sie noch kurz vor Schluß der Reichstagperiode eine ganze Menge sozialpolitischer

Anträge eingebracht haben. Wenn alle diese Anträge recht bald Gesetz werden, dann haben zweifelsohne auch die Arbeiter Anlaß, trotzdem es mit den Reformen etwas lange gedauert hat, mit der Thätigkeit des jetzigen Reichstages auf sozialpolitischem Gebiete so ziemlich zufrieden zu sein. Wir wollen im Nachstehenden nun die einzelnen Anträge folgen lassen und zwar zunächst die, welche von bürgerlichen Abgeordneten eingebracht wurden.

Der Reichstag wolle beschließen: dem Herrn Reichskanzler zu ersuchen, dem Reichstage alsbald einen Gesetzentwurf vorzulegen, wonach der Titel VII der Gewerbeordnung wie folgt abgeändert wird:

1. Der § 135 Absatz 3 erhält folgende Fassung: Junge Leute zwischen 14 und 18 Jahren dürfen in Fabriken nicht länger als zehn Stunden beschäftigt werden.
2. Der § 137 Absatz 2 erhält folgende Fassung: Die Beschäftigung von Arbeiterinnen über 18 Jahren darf die Dauer von zehn Stunden, an den Vorabenden der Sonn- und Festtage die Dauer von neun Stunden nicht überschreiten.
3. Hinter den § 137 wird eingeschaltet: § 137a. Jugendlichen Arbeiter und Arbeiterinnen darf Arbeit nach Hause nicht mitgegeben werden.
4. Dem § 139a Absatz 1 wird hinzugefügt: 5. für bestimmte Industriezweige Ausnahmen von den Bestimmungen des § 137a zulassen.
5. Im § 140 Absatz 1 Ziffer 2 werden die Worte „§§ 135 bis 137“ ersetzt durch die Worte: „§§ 135 bis 137a“.

Der Reichstag wolle beschließen, die verbündeten Regierungen zu ersuchen, in die Gewerbeordnung die Bestimmung aufzunehmen, wonach für die derselben unterstellten Betriebe die regelmäßige Maximalarbeitszeit zehn Stunden betrage.

Der Reichstag möge den Reichskanzler ersuchen, in der nächsten Session dem Reichstage einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch den die Rechtsfähigkeit von Berufsvereinen auf der Grundlage des bürgerlichen Gesetzbuches geregelt wird.

Die verbündeten Regierungen zu ersuchen, dem Reichstage einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch welchen den im § 152 der Gewerbeordnung erwähnten Vereinigungen und sonstigen zur Wahrnehmung von Berufsinteressen gegründeten Vereinen gestattet wird, ihre Bestrebungen zur Verbesserung der Lage der Arbeiter auch auf Veränderung der Gesetzgebung zu richten.

Außer diesen, wurden von den Sozialdemokraten noch folgende Anträge eingebracht:

Der Reichstag wolle beschließen:
1. die verbündeten Regierungen zu ersuchen, dem Reichstage alsbald einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch welchen an Stelle der im § 139b der Reichs-Gewerbe-Ordnung bestimmten Beamten und Landes-Vollzugsbehörden Betriebsaufsichts-Behörden nach folgenden Grundzügen errichtet werden:

Die Aufsicht erstreckt sich auf alle Betriebe im Gewerbe, einschließlich der Heimarbeit, Handel, Verkehr, Bergbau, Land- und Forstwirtschaft, Fischerei und Schiffahrt. So wird einer Reichs-Zentral-Aufsichtsbehörde übertragen, welche diese nach Inspektionsbezirken zu organisieren hat.

In den Inspektionsbezirken wird die Betriebsaufsicht von Reichsbeamten und Beigeordneten gemeinsam ausgeübt mit dem Recht, ihre Anordnungen zwangsweise durchzuführen. Die Beigeordneten sind auf Grund eines allgemeinen, direkten und geheimen Wahlrechts von den Hilfspersonen aller Betriebe zu wählen. Weibliche Beamte und Beigeordnete sind entsprechend der Zahl der in den Betrieben beschäftigten weiblichen Hilfspersonen anzustellen beziehungsweise zu wählen.

2. die verbündeten Regierungen zu ersuchen, dem Reichstage alsbald einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch den die regelmäßige tägliche Maximal-Arbeitszeit für alle im Lehr-, Arbeits- und Dienstverhältnis im Gewerbe, Industrie, Handels- und Verkehrswesen beschäftigten Personen vorläufig auf 10 Stunden festgesetzt und innershalb gesetzlich zu bestimmenden Fristen auf 8 Stunden verkürzt wird.

Zu den sozialdemokratischen Anträgen bemerkt die Soziale Praxis, daß diese offenbar nur zu demonstrativen und agitatorischen Zwecken eingebracht seien und die positiven Fortschritte des Arbeiter-schutzes dadurch gefährdet würden. Es wäre

nicht das erste Mal, daß im Reichstag sozialpolitische Reformentwürfe durch ein Zusammengehen der Sozialdemokraten und der Reaktionsäre zu Fall gebracht worden sind.

Eine chronische Krankheit.

an der mehr oder weniger alle Gewerkschaften, auch unser Verband, leidet, ist der geringe Besuch der Mitgliederversammlungen. Die verschiedensten Mittel wurden schon angewendet, um diese Krankheit zu beseitigen. Ein Radikal- oder Allheilmittel ist aber bis heute noch nicht gefunden worden und wird schwerlich auch zu finden sein. Der Vorschlag, den ein Kollege in Nr. 6 unseres Organs macht, zeugt von gutem Willen; aber die Durchführung desselben ist nicht nur mit Kosten und Mühe verbunden, sondern wird nur noch mehr der Laubbildung auf die Beine helfen. Ein besseres Mittel, die Versammlungsschwänzerel zu fördern, kann man sich nicht denken. Werden den Schwänzern die Versammlungsprotokolle fein säuberlich ins Haus gebracht, so erfahren sie allerdings die Vorgänge, ob sie aber dadurch zum Versammlungsbesuch angeeifert werden, ist eine andere Frage. Gerade das Gegenteil wird der Fall sein. Denn nun wissen sie ja, was vorgeht, sie bekommen es ja ins Haus gebracht und nun haben sie es erst recht bequem erhalten. Die Krankheit, welche man heilen wollte, erhält neuen Nährstoff und wird noch gefördert. So mancher Kollege, der bisher ein eifriger Versammlungsbesucher war, wird es nun auch einmal nicht so genau nehmen und wer will es ihm verargen. Er sagt sich, wenn man den Versammlungsbericht an diejenigen schicken kann, welche nie anwesend sind, kann man ihn mir auch schicken, da ich gerade so gut und so viel an Beiträgen bezahle wie jene. Hat er Unrecht? Keineswegs. Dieser Vorschlag würde nachgerade zu einer Prämie für die lauen Mitglieder, welche den Zahlstellen erhebliche Kosten verursachen und dem Schriftführer neue Mühen, beide renitren sich aber nicht und das Uebel wird nicht beseitigt, sondern es wird ihm Vorschub geleistet. Bei der Frage nach Mitteln zur Erreichung eines guten Versammlungsbesuchs wird stets nach Ursachen zu suchen sein, welche diesen verhindern. Dertliche Verhältnisse, wie z. B. Lage und Beschaffenheit des Lokals, Zeitpunkt der Versammlung werden stets von Einfluß auf den Besuch derselben sein. Weit wichtiger aber ist, daß mit dem Schlenbrian in den Versammlungen aufgeräumt wird, nämlich mit der Unpünktlichkeit. Diese ist mit die Hauptursache eines schlechten Besuchs. Unverzeihlich ist es, wenn selbst Vorstandsmitglieder hierin sündigen. Die Freude und das Interesse an Versammlungen schwindet, wenn man vor Beginn derselben 1 Stunde oder noch länger im Lokale sitzen muß und abwarten muß bis endlich die Säumiger antommen. Wird spät angefangen ist die natürliche Folge, daß auch spät Schluß gemacht wird. Beides ist von Uebel und das Letztere noch mehr wie das Erste. Namentlich für verheiratete Mitglieder ist es von Wert, daß dieses Uebel beseitigt wird. Die Frauen haben vielfach noch nicht das nötige Verständnis für die Gewerkschaftsbewegung und betrachten die Versammlungen, welche bis nach Mitternacht dauern, als eine Verleitung zu unnötigen Geldausgaben, schimpfen recht tüchtig, wenn der Mann spät nach Hause kommt. Um den Frieden im Hause zu behalten, bleiben nun sehr viele verheiratete Kollegen daheim. Gerne würden sie die Versammlungen besuchen, wenn dieselben nur beizzeiten angefangen und geschlossen würden. Ein weiterer Grund des schlechten Versammlungsbesuchs infolge des späten Beginnes sind die Geldausgaben. Leider stehen den Gewerkschaften keine Lokale zur Verfügung, in denen ein Anfaßung nicht besteht. Finden sich nun Kollegen zur rechten Zeit ein und die Versammlung beginnt eine Stunde später, so werden dieselben zu größeren Ausgaben veranlaßt für Getränke, denn das Trockenheitliche der Lokalinhaber bekanntlich nicht sehr gera. Auch wird durch das späte Beginnen manchem Kollegen Gelegenheit gegeben, da und dort sich hinzubegeben, und häufig wird die Versammlung dann vergessen und gar nicht besucht. Nicht immer ist Gleichgültigkeit der Kollegen oder mangelndes Interesse die Ursache des schlechten Versammlungsbesuchs, es sollen hierdurch aber keineswegs diese Uatigende beschnigt werden, sondern obengenannte Dinge sind es in erster Reihe. Dazu kommt noch, daß man da und dort nicht recht versteht die Versammlungen anregend zu gestalten. So viele Artikel sind schon in unserem Organ hierüber

erschienen, daß es unnötig ist hierauf einzugehen. Der Verkehr der Mitglieder unter sich selbst ist ebenfalls eine Ursache guten oder schlechten Versammlungsbesuchs. An Orten wo die Kollegen im persönliche Verkehr miteinander stehen und dadurch einander anlernen können, wird auch dieses günstig auf die Versammlungen wirken; wo dagegen jede Fühlung fehlt, ist das Gegenteil der Fall. Wollen wir also gut besuchte Versammlungen erzielen, dann sind vor allen Dingen die Ursachen, welche hindernd in den Weg treten, zu beseitigen. Vor allen Dingen, und dies gilt für alle Orte, ist zu empfehlen: 1. der persönliche Verkehr der Mitglieder muß gepflegt werden durch Vertrauensmänner und gegenseitiges Nähertreten; 2. pünktlicher Beginn der Versammlungen und zeitigen Schluß derselben; 3. die Versammlungen sollen der Ort der Belehrung, der gegenseitigen Aussprache der Mitglieder sein. Wird dieses gethan, so wird auf einfache Art und Weise ohne Kosten sicher das Interesse der Mitglieder an den Versammlungen teilzunehmen zum Besten ihrer selbst und des Verbandes gefördert. Schausland.

Erreichung eines besseren Versammlungsbesuchs.

Der in Nr. 6 des Organs gemachte Vorschlag eines Kollegen aus Düsseldorf mag für manche Stadt wohl angebracht sein, jedoch für den weitesten Teil der Zahlstellen nicht. Die Ausarbeitung eines ausführlichen Versammlungsberichtes, der den abwesenden Kollegen ein genaues Bild über die Versammlung verschaffen soll, bedarf besonders fähiger Personen. Daß es daran mangelt, zeigt in vielen Zahlstellen allein schon die mangelhafte Führung der Protokolle. Außerdem ist es zweifelhaft, daß der Besuch der Versammlungen vermehrt wird, wenn man den Kollegen alles schriftlich in's Haus bringen würde. Die Hauptursache wird immer sein und bleiben: die Vrangierung anregender und interessanter Versammlungen. In diesem Punkte müssen die Zahlstellenvorsitzenden alles aufbieten, was sie vermögen. Auch jedes Mitglied kann in dieser Sache mitwirken, durch Aufwerfen allgemein interessierender Fragen der Arbeits- und Lohnverhältnisse und sonstiger Angelegenheiten. Vielfach macht man leider die Beobachtung, daß Mitglieder alles Thun und Lassen der Ortsverwaltungen kritisieren, während sie selbst absolut nichts Besseres vorzuschlagen wissen. Auch ist es ein Fehler, wenn in den Versammlungen nur bestehende Mißstände aufgetischt werden, ohne praktisch an der Beseitigung derselben zu arbeiten. Auch die Diskussionen sind vielfach nicht derartig, daß sie anregend auf die Versammlungsbesucher wirken. Man vermeide vor allem jede persönliche Rechthaberel, welche nicht selten zur Feindschaft unter den Kollegen ausartet. In den Versammlungen muß jeder Kollege den Stadrucl gewinnen, daß hier kameradschaftliches Zusammenwirken stattfindet. Ein All-Heil-Mittel dürfte es kaum geben, um die Versammlungen alle zu gut besuchten zu machen, allein es läßt sich bei etwas Umsicht der Vorsitzenden, welche den lokalen Verhältnissen und den sonstigen Bedürfnissen der Mitglieder Rechnung trägt, ganz gut der Versammlungsbesuch vermehren.

Wanne.

E. S.

Zur Neueinteilung der Verbandsbezirke

möchte ich kurz meine Ansicht äußern. Den Entschluß, unser Agitations-System zu reformieren, resp. die Bezirke neu einzuteilen, kann ich nur begrüßen. Die Pflicht, unsere Organisation durch rege Arbeit zu fördern und auszubauen, und vor allem die einmal gegründeten Zahlstellen aufrecht und lebensfähig zu erhalten, gebietet es uns, hierzu neue Mittel und Wege zu suchen. Die bis jetzt mit der Agitation betrauten Kollegen haben trotz aller Mühen und Opferwilligkeit nicht vermocht, alle neu gegründeten Zahlstellen aufrecht zu halten. Wie ist diesem Umstande nun zu begegnen? Vorgenannte Verhältnisse werden sich auch einstellen, wenn die Bezirke neu eingeteilt sind, doch hoffe ich, daß es nach der Neueinteilung den Bezirksvorsitzenden besser möglich ist, sich über den Stand der einzelnen Zahlstellen zu informieren, ebenso auch über die Organisationsfähigkeit der einzelnen Bezirke. Notwendig wird es jedoch sein, daß die einzelnen Bezirke genau umgrenzt werden, denn nur dann ist systematisches Arbeiten möglich, wenn die einzelnen Vorsitzenden genau wissen, wie weit ihr Bezirk reicht. Es kann trotzdem, wie auch in dem

Artikel in Nr. 6 des Organs gesagt wird, die Tätigkeit der einzelnen Bezirksleiter sich auf einen andern Bezirk erstrecken, jedoch nach erfolgter Verständigung. Auf diese Weise wird es nur möglich sein, genau und zuverlässige Berichte aus den einzelnen Bezirken zu erhalten. Dann stimme ich dem Artikel in Nr. 8 zu, in welchem vor falscher Sparsamkeit gewarnt wird, wenn es heißt Geldmittel zur Agitation zu bewilligen. Gerade der Umstand, daß einige in der Agitation stehende Kollegen hier und da die Kosten scheuen, ist zweifellos eine Ursache, daß unsere Bewegung nicht in dem Maße voran geht, wie wir es wünschen. Darüber sollten wir uns klar sein, daß eine junge Organisation alles daran setzen muß, um neue Mitglieder zu werben, damit wir leistungsfähig dastehen, denn nur dann können wir unser Ziel erreichen. Da wir nun aber von den Kollegen, welche Erholung und Ruhe der Ausbreitung unseres Verbandes opfern, nicht erwarten können, auch noch bedeutende Opfer an Geldmitteln für unsere Sache zu bringen, so ist es selbstverständlich, daß die erforderlichen Agitationskosten von der Organisation gedeckt werden müssen! Der Vorschlag, die Centrale solle die Geldangelegenheit regeln, ist anzuerkennen, denn würden die einzelnen Bezirke dieses regeln, so verursachte das eine Menge Arbeit, während die Mehrarbeit, welche der Centrale zufiele, nicht so bedeutend werden wird. Des Weiteren wird in Nr. 6 vorgeschlagen, die Zahlstellen möchten in Zukunft 85% an die Centrale senden. Da aber 6% die Agitationskosten nicht decken würden, müßte der Rest der Centralkasse entnommen werden. Der gezeigte Weg mag recht gut sein, doch glaube ich, daß wir in diesem Punkte nicht schablonenmäßig vorgehen dürfen, sondern hier müssen die kleinen und minderleistungsfähigen Zahlstellen berücksichtigt werden. Wenn ich auch im Übrigen dem letzten Vorschlage zustimme, so kann doch nicht geleugnet werden, daß schon jetzt, nachdem 80% statt 75% an die Centrale abgehandelt werden, den Lokalkassen ein nicht allzu großer Beitrag verbleibt. Ich bin nun allerdings der Meinung, daß die Lokalkassen gerade keine großen Schätze aufzuhäufen brauchen, doch ist eine gewisse Summe immerhin nicht zu verachten, besonders wenn man bedenkt, daß davon eine ganze Reihe von Ausgaben bestritten werden müssen; z. B.: für die Bibliothek, für das Material für Agitation, für soziale Wahlen und dergl. Zum Schluß noch ein Wort über die Größe der einzuteilenden Bezirke. Nach meiner Ansicht sind die vorgeschlagenen Bezirke etwas groß. Doch da ich im Allgemeinen über die Organisationsfähigkeit derselben nicht genau orientiert bin, so will ich nur Westfalen herausgreifen. Ich glaube kaum, daß ein Kollege bei seiner täglichen gewerblichen Beschäftigung imstande ist, oder sein würde, die industriereiche Provinz zur Gänze zu bereisen. Nun ist ja klar, daß mehrere, ja eine ganze Reihe von Kollegen die Bezirksvorsitzenden unterstützen müssen und werden, doch muß der Vorsitzende als Leiter Gelegenheit haben, den ganzen Bezirk genau kennen zu lernen, um auf Grund dieser Kenntnis, eine intensive Agitation entfalten zu können. Daher meine ich, man solle die Bezirke nicht allzu groß bemessen! Öffentlich melden sich zu dieser wichtigen Angelegenheit noch recht viele Mitglieder zur Diskussion, damit die Neueinteilung der Agitationsbezirke so geregelt wird, daß unsere Organisation, der christl. Holzarb.-Verband, sich immer weiter ausbreitet, immer neue opferfreudige Mitglieder gewinnt und so in den Stand gesetzt wird zum Nutzen seiner Mitglieder und des ganzen Standes recht Ersprießliches zu leisten!

Bochum i. W.

Joseph Wiggemann.

In den beiden Nummern 5 und 6 unseres Organ's wurde erfreulicherweise ein Plan entworfen, wie die Agitation mehr und intensiver als bisher in Zukunft zu gestalten sei, und gleichzeitig der Wunsch geäußert, daß sich recht viele Kollegen an der Diskussion über diesen Punkt beteiligen möchten. In Nachstehendem suche ich als Mitglied der Agitationskommission Düsseldorf, diesem Rechnung zu tragen. Bezüglich der Einteilung der Verbandsbezirke, scheint mir das Arbeitsfeld für die beiden Schwesterprovinzen Rheinland und Westfalen, für welche je ein Bezirksvorsitzer angestellt werden soll zu groß, weil ja die sogenannten Provinzen verhältnismäßig die meisten Zahlstellen aufzuweisen haben. Wenn da ein Bezirksvorsitzer die einzelnen Zahlstellen jährlich nur zweimal besuchen wollte, die Kassa revidieren, bei etwaigen Differenzen unterhandeln, die gegenseitigen Correspondenzen erledigen;

Berichte an die Zentrale Schiden usw., so wäre dieses eine Arbeit, welche ein einzelner neben seiner Berufsbeschäftigung meines Erachtens unmöglich in der rechten Weise zum wirklichen Nutzen des Verbandes durchführen könnte. Ich bin der Meinung, daß für Rheinland und Westfalen mindestens je 2 Bezirksvorsitzer angestellt werden müssen, wenn die Agitation tatkräftig betrieben werden soll. Es müßte dann auch bezüglich der Reisekosten viel Geld gespart werden, wenn die Agitationsbezirke entsprechend kleiner eingeteilt würden. Den einzelnen Zahlstellen möge man aber die 20 Prozent der Mitgliederbeiträge ruhig lassen, wobei ich selbstredend voraussetze, daß mit denselben richtig gewirtschaftet wird. Wenn die Zahlstellenverwaltungen die Agitation am Ort in der richtigen Weise betreiben, ihre auswärtigen Referenten selbst bezahlen, sich zur geistigen Bildung ihrer Mitglieder eine Bibliothek anschaffen und sonstige Auslagen beden, so sind nach meinem Dafürhalten 20 Prozent der Mitgliederbeiträge, insofern sie keine Lokalbeiträge erheben, absolut nicht zu viel. Meine Ansicht ist also kurz gesagt die: Man teile die einzelnen Bezirke kleiner ein, um die Agitationskosten in entsprechender Weise zu vermindern. Den Zahlstellen müsse man ruhig wie bisher die 20 Prozent der Beiträge und suche dann in den neu eingeteilten Bezirken unter Leitung des Bezirksvorsitzenden recht viele und tüchtige Agitatoren ausfindig zu machen und heranzuziehen, welche dann für die Ausbreitung sowohl, wie für die innere Festigung des Verbandes zum Nutzen und Segen der ganzen Kollegenschaft arbeiten können.

Düsseldorf Wilhelm Klein.

Befriedigt hat gewiß mancher Holzarbeiter die in Nr. 5 und 6 des Organs gemachten Vorschläge gelesen, zwecks Neu-einteilung der Verbandsbezirke. Im Interesse der Weiterentwicklung und festeren Gestaltung der einzelnen Zahlstellen, halte ich die Neu-einteilung von weittragender Bedeutung. Ebenso wie die einzelnen Bezirksvorsitzenden zu verschiedenen Funktionen bei Ausbruch von Differenzen, Leitung und Besetzung von Streiks und Neugründung von Zahlstellen erscheinen durchaus wünschenswert. Erlaube mir aber noch folgenden Vorschlag zu machen: Innerhalb dieser 12 großen Bezirke kleinere Verbindungen her näher zusammenliegenden Zahlstellen zu schaffen. Vielleicht könnte da der eine viel von dem anderen lernen in Bezug auf Agitation, Verhalten bei Lohn und sonstigen Werkstattstreitigkeiten. Auch im Arbeitsnachweis könnte dann vielleicht etwas mehr geschaffen werden. Von Zeit zu Zeit Zusammenkünfte der Vorstände der Zahlstellen innerhalb dieser kleinen Bezirke wären gewiß angebracht. Hoffen wir, daß nach dieser Richtung hin etwas Gutes geschaffen wird zum Segen des Verbandes. Bezüglich der Kostendeckung halte ich den vorgeschlagenen Weg für richtig.

Frank Andre.

Freie Gewerkschaftler als Lohnbrüder.

Unter dieser Überschrift wird der Baugewerkschaft aus Düsseldorf geschrieben:
 „Am Neubau der Realschule arbeiten ungefähr 30-40 Studateure, an der Fassade bei der Firma Bosma und Knauer in Tagelohn. Nun kommt eines Tages der Polier mit der Zeichnung der Haupt-Fassade zu den einzelnen Studateuren und frug sie, welchen Preis sie haben müßten, wenn sie die Fassade in Afford machten. Die Arbeit wurde von den Kollegen zu 7 Mk., 7,50 Mk., 6 Mk., und 5,50 Mk. veranschlagt, welche letztere Forderung auf das äußerste berechnet war. Wie groß war aber ihr Entsetzen, als am Dienstag Kollege D. mit noch drei Kollegen die Arbeit für sage und schreibe 3,50 Mk. pro qm übernahm, also 2 bis 3 Mk. billiger als die anderen Kollegen. Die Fassade ist etwa 370 qm groß, zu 6 Mk. gerechnet, ist also eine Summe von 370 x 6 = 2220 Mk. Kollege D. und seine Genossen erhalten jedoch nur 3,50 Mk. pro qm, also 370 x 3,50 = 1292 Mk., also 920 Mk. billiger als die anderen Kollegen — und dies war ein Faktor einer freien Gewerkschaft. Als wir im vorigen Sommer in den Streit traten, geschah dieses zur Erhaltung unserer Löhne, so der freie Verband wollte sogar seine Lohnerhöhung und nun kommt dessen Vorsitzender und bracht die Löhne fast bis zur Hälfte herab.“

Auf Grund dieser Veröffentlichung sandte nun D. der Baugewerkschaft mit Berufung auf das Preßgesetz eine Verächtigung, in der er die Annahme des Affords seinen Kollegen in die Schuhe schiebt und sodann die Preisbrüdererei von 750 Mk. auf 3,50 Mk. per qm damit zu rechtfertigen sucht, daß sie in 8 Wochen 100 Mk. über Lohn verdient hätten, die Christlichen also die Arbeiten nicht abschätzen könnten.

In seinem und seiner Kollegen Interesse hätte D. jedenfalls besser die Verächtigung unterlassen, denn es ist an und für sich vollständig gleichgültig, ob D. oder seine Genossen die Arbeit angenommen, ebenfalls ob trotz der 3,50 Mk. noch 100 Mk. über Lohn verdient wurden, da in der Verächtigung nicht steht, ob das Ueberverdienst mit Schuften nach bekanntem Muster, oder bei vernünftiger Arbeit erzielt wurde. Die Unternehmer aber werden sich ob solcher Preisfesseler sicherlich in's Häuschen lachen. Was für ein Geschrei würde entstehen, wenn dieses die Christlichen gemacht hätten?

Die Errichtung einer Heilstätte für weibliche Lungenkranke

In Baden droht an der Platzfrage zu scheitern. Die Versicherungsanstalt Baden hat mit der für männliche lungenkranke Arbeiter errichteten Heilstätte Friedrichshelm die besten Erfahrungen gemacht und will nun für die weiblichen Arbeiter eine ähnliche Anstalt errichten. Seit längerer Zeit schon hat die Versicherungsanstalt verschiedene Unterhandlungen gepflogen wegen Erwerbung eines geeigneten Grundstücks. Dieselben sind leider erfolglos geblieben, sei es, daß die Eigentümer enorm hohe Preise für den Boden verlangten, oder man wollte die Lungenkranke nicht in der Gegend haben, weil andere Leute sich benachteiligt glaubten, oder aus Furcht vor Ansteckung. Die Versicherungsanstalt hat in einer öffentlichen Bekanntmachung demjenigen, welcher einen geeigneten Platz ausfindig macht, eine Belohnung von 500 Mk. zugesichert, wenn die Anstalt auf dem betr. Platz erbaut wird. Bezeichnend ist es für das soziale Verständnis und für die Kenntnis des Glends der Lungenkranke seitens verschiedener Kreise, daß die Versicherungsanstalt auf diese Art einen Platz suchen ließ. Bedauernd ist es für ganz Baden, daß es keinen Platz hat für seine lungenkranke Arbeiterinnen, wodurch hunderte und tausende andere Leute Erholung und Gesundheit suchen und auch finden auf den herrlichen Höhen des Schwarzwaldes. Zu wünschen ist, daß dieser Schandfleck auf dem ehemals und auch heute noch in manchen Beziehungen vielgepriesenen „Musterlande“ nicht haften bleibt und daß bald die Fackel kommt, es ist erreicht.

Mehr Liebe zur Sache.

Es ist ein unerfreuliches Kapitel in der Gewerkschaftsbewegung, daß so manche Kollegen, die bereits der Organisation angehören, derselben später wieder den Rücken kehren. Wir wollen hier von den Fällen absehen, wo Arbeiter durch Terrorismus in die Organisation gezwungen werden und dann später wieder austreten, sondern uns lediglich mit einigen andern Erscheinungen befassen, die die Kollegen als Grund betrachten, der Organisation Lebewohl zu sagen.

In fast allen Fällen, wo einmal schon organisierte Arbeiter als solche aus der Organisation austreten, kann man wohl behaupten, daß diese Kollegen den richtigen Wert einer Gewerkschaft noch nicht erfasst haben. Denn für denjenigen, der den Wert einer gewerkschaftlichen Organisation zu würdigen weiß, giebt es überhaupt keine Gründe zum Austritt, wenigstens keine solche, wie sie heute meistens angeführt werden. Da ist z. B. ein Kollege, der deshalb austritt, weil er glaubt, von irgend einem anderen Mitglied bei einer oder jener Gelegenheiten beleidigt worden zu sein, einem anderen Kollegen aber dieses oder jenes Vorstandsmitglied nicht, und darum will er nicht länger mehr Mitglied sein, wieder ein anderer möchte selbst gerne in den Vorstand gewählt sein und weil er das nicht wird, darum fort mit dem Verband. Diese armseligen Gründe, die man noch verheißeln könnte, zeigen wie wenig heranzuge Kollegen den inneren Wert eines Verbandes kennen, wenn selbst rein persönliche Motive den Ausschlag geben, aus der gewerkschaftlichen Organisation auszutreten. Nur zu oft sind leider persönliche Reibereien die Ursache, daß ganze Zahlstellen darunter leiden und ansatz vorwärts den

Krebstgang geben. Darum Kollegen, fort mit diesen persönlichen Sachen aus der Organisation und für das Ziel in's Auge gefasst, sonst verabschiedet ihr euch selbst gegen eure Standesinteressen. Ob dieser oder jener Vorstandsmitglied ist, oder jemand einmal beleidigt hat, oder sonst einen menschlichen Fehler begangen hat, darf einen vernünftigen Menschen nicht dazu veranlassen, der Organisation seinen Rücken zu kehren; denn dieser gehört man nicht Personen, sondern der Sache in Liebe an.

Auch ist es absolut kein stichhaltiger Grund aus dem Verbands auszutreten, weil angeblich in einer Zahlstelle nicht alles dasjenige geleistet wird, was man von ihr erwartet. Dafür ist ein jeder gleichberechtigtes Mitglied, daß er dort, wo es vielleicht in ihrem Punkte häßert, einspringt und es besser macht. Ist man hierzu nicht imstande aus irgend einem Grunde, dann soll man wenigstens versuchen, andere zu veranlassen, es besser zu machen. Ein Mitglied, dem die Sache höchstheh, wird stets und überall darauf bedacht sein, den Verband vorwärts zu bringen und nie aus keinem Grunde dem Verbands den Rücken kehren, wenn es statutgemäß demselben angehören darf.

Möchten daher in allen Zahlstellen sämtliche Kollegen so handeln, daß stets die Sache gefördert wird. Werden von irgend einem Kollegen Fehler begangen, dann muß ein jeder daruach trachten mitzuhelfen, daß die Fehler wieder gut gemacht und in Zukunft gänzlich vermieden werden. Wo der gute Wille und die Liebe zur Sache vorhanden ist, können überhaupt Zwistigkeiten keine Rolle spielen, die meistens nur die Zahlstellen schädigen. Deshalb fort mit allen Zwistigkeiten, dann geht unsere Bewegung auch überall vorwärts.

Kundschau.

Gegen die katholischen Gewerkschaften sprach sich der Berliner Arbeiterverein St. Matthias durch Annahme folgender Resolution aus:

In Erwägung, daß die Redaktion des Arbeiter die christlichen Gewerkschaften in fast jeder Nummer angreift, und in weiterer Erwägung, daß eine große Zahl von Mitgliedern unseres Vereins christlich organisiert sind, beantragt unser Verein seinen Vorstand: die Leitung des Verbandes anzusuchen, dahin zu wirken, daß solche Ausfälle gegen die christlichen Gewerkschaften unterbleiben.

So ist's Recht. Wenn nur in allen Arbeitervereinen, wo man den katholischen Gewerkschaftsrummel betreibt, die Arbeiter sich recht kräftig zur Wehr setzen möchten, dann würden die Macher sich bald auswirtschaffen.

Der Gewerbeverein der Ziegler in Lippys hielt am 4. Febr. in Born seine 8. Generalversammlung ab. Staatsminister Grafenob, Regierungsrat Döhner und Reichstagsabgeordneter Meier-Robst nahmen als Gäste an den Verhandlungen teil. Letztere erstreckten sich auf die Beschäftigung weiblicher Arbeitskräfte auf Ziegelfeldern sowie auf die Bildung von Ziegelmesser-Vereinigungen. Bezüglich der weiblichen Arbeitskräfte wurde eine auszuführende Petition an den Bundesrat zu richten beschlossen. Ferner beschloß die Generalversammlung, den Beitrag von jährlich 120 Mk. auf 240 Mk. zu erhöhen. Dafür erhält in Zukunft jedes Mitglied nach zweijähriger Mitgliedschaft Anspruch auf 25 Mk. Sterbegeld. An den Prinzregenten von Lippe wurde ein Begrüßungstelegramm gesandt, worauf dieser als Antwort der Generalversammlung seinen Erfolg wünschte.

Differenzen bei der Firma S. O. Langen, Spinneret in M. Gladbach, deren Veranlassung in einer 13% Lohnverminderung bestand, wurden durch das Eingreifen des christl. Facharbeiterverbandes beigelegt.

Genossenschaftlichkeit. Eine Gewerkschaft, die eine gute Rasse hat, die zeigt dadurch, eben daß sie für die Arbeiter nichts leistet, sondern vor einigen Wochen in Grevel Gewisse Rassen. Wenn dieser Anspruch kein Herr Rassen sich geleistet richtig ist, dann kann man mit Recht allen sozialistischen Verbänden, die größere Massen beiseite entgegenhalten, ihre Leibel für die Arbeiter nichts leistens und diese Leistung, auch wenn ein Verleugnerheit der gewelen sein, und die Ebbe in der Rasse des sozialdemokratischen Facharbeiterverbandes, wenn sie durch den Wertes der Gewerkschaften, über der gemillen Rasse des christlichen Gewerkschaftes, trotz der Gesetze der Anstalt, zu werden immerhin zeigen sollte, denn was man in sozialistischen Genossen nicht alles neuen kann.

Hagen, den 8. Februar. Am 7. Februar hielt die Jahrsversammlung... in welcher die Wahl des Vorstandes erfolgte.

Stuttgart, 30. Januar (Monatsversammlung.) Die diesige Jahrsversammlung... wurde am heutigen Tage eine gut besuchte Monatsversammlung abgehalten.

Dippstadt, die am Samstag Abend 7. Februar einberufene 1. Versammlung war ziemlich gut besucht. Sie wurde um 9 Uhr durch Kollege Dingens eröffnet.

Wscholl. Unsere Generalversammlung am 1. Febr. war sehr gut besucht. Ueberhaupt scheint in letzter Zeit ein frischer gewerkschaftlicher Geist unsere Jahrsstelle zu durchwehen.

Zur Beachtung!

Allen Mitgliedern unseres Verbandes, diene hiermit zur Kenntnis, das die Jahrsstelle München einen Arbeitsnachweis erachtet hat.

Versammlungskalender.

- Hagen, Sonntag den 22. Febr. Vollzähliges Erscheinen wird erwartet.
Bielefeld, Sonnabend, 14. Febr., St. Franziskusstr. 128, mit Vortrag des Kollegen Meißel.

- Brand, Jeden ersten und dritten Freitag im Monat Unterrichtskursus.
Böhrm, Samstag den 21. Febr., abends 9 1/2 Uhr bei Wölfe, Rheinstraße.
Dülferthal, Sonntag den 15. Februar, nachmittags 4 Uhr, im Gasthof zur Waude.

- München, Die nächste Versammlung findet nicht am 14. sondern am 28. Februar statt.
Mühlhausen, Sonntag den 15. Februar.
Kärberg, Sonntag den 15. Februar, vormittags 10 1/2 Uhr, im Gefellenhöflein.

Briefkasten.

J. M. Regensburg, Theorie und Praxis der Engländerischen Gewerkschaften von S. und H. Mabb. Verlag von Dietrich Steinkopff.

An die Empfänger der Zeitungsendungen. Bei einer der letzten Zeitungsendungen ist irrthümlicher Weise ein Buch mit schwarzem Einband mit verschickt worden.

Litterarisches.

Die Buchführung und die richtige Anfertigung von Kostenaufschlägen sind zwei wichtige Punkte, besonders in der Handwerkerwelt.

Advertisement for PAUL HORN HAMBURG PATENTE IN AMERICA, ENGLAND, OESTERREICH. FABRIK CHEMISCHER PRODUCTE. Includes decorative border and text about patents.

- Goldene N. d. Halle: Lübeck 1895. Prämiirt: Hamburg 1899. Gewerbe- u. Industrie-Ausstellung.
Mattpräparate (als Mattine, Salon-Matt, Mattiacke) sind absolut wasserrecht.
Monopol-Polituren (Schellack-Polituren ohne Oelanwendung) haben sich in den grösst. Fabriken dauernd Eingang verschafft.

Tischler-Fachschule Detmold. Drei- und sechsmonatlicher Kursus. Eintritt an jedem ersten des Monats.

Einladung zu der am Sonntag den 1. März, nachmittags 3 Uhr, im St. Paulshaus stattfindenden

Generalversammlung des Konsumvereins Selbsthilfe, Düsseldorf (G. m. B. H.). Tages-Ordnung: 1. Geschäftsbericht über das vergangene Jahr.

Der Deutsche Holzarbeiter

Eigentum und obligatorisches Organ des christlichen Holzarbeiter-Verbandes Deutschlands.

Erscheint jeden Freitag.

Abonnementspreis: Vierteljährlich 75 Pf. Deutscher Postzeitungskatalog 1924a.
Für die Mitglieder des Verbandes durch die Zahlstellen gratis.

Insertionspreis: Die einseitige Petitzeile über deren Raum 15 Pf.

Redaktion und Expedition: Köln a. Rhein, Palmstraße 14. — Telefon Nr. 7405
Redaktionschluss: Dienstag Mittag.

N. 8.

Köln, den 20. Februar 1903.

IV. Jahrgang.

Christliche Holzarbeiter, arbeitet unermüdet an der Ausbreitung des Verbandes!

Gute Gesellenlöhne, eine Gefahr für das Handwerk!

Schon öfter hatten wir Gelegenheit, wahrzunehmen, wie gerade in den Kreisen der Handwerksmeister die Gewährung vernünftiger Gesellenlöhne als der Ständenbrot bezeichnet wurden, durch den das Handwerk zugrunde gerichtet würde. Dasselbe Lied stimmt auch die Düsseldorfer Handwerkskammer an, indem sie in ihrem Jahresbericht für 1901/02 schreibt:

„Besonders erwähnenswert ist auch, daß die Lohnverhältnisse im letzten Jahrzehnt in allen Handwerksbetrieben auffallend steigende Tendenz gezeigt und eine Höhe angenommen haben, welche auf der einen Seite die wirtschaftliche Existenz vieler Kleinmeister gefährdet, indem sie ihnen infolge Kapitalmangels die notwendige Expansionsfähigkeit benimmt, und sie stellenweise auch in ihren Betrieben sehr zurückschraubt, und die gleichzeitig auf der anderen Seite den Gesellen die Möglichkeit zur Selbständigmachung sehr erschwert. Dadurch wird in Verbindung mit den günstigen Lohnverhältnissen die Verheiratung der Gesellen gefördert und ein Mittelweg zwischen Handwerker und Fabrikarbeiter, eine besondere soziale Spezies gebildet, deren Bestrebungen naturgemäß nur noch auf weitere Steigerung der Löhne gerichtet sein kann, und die nun glaubt, nur im gewerkschaftlichen Zusammenschlusse ihre Bestrebungen konzentrieren zu sollen, dadurch aber die Interessentgegenstände zwischen Meister und Geselle verschärft, kein Interesse am Innungsleben hat, um hier mit dem Meister eine gemeinsame Interessenpolitik zu verfolgen.“

Als wir im vergangenen Herbst in Bochum die Lohnbewegung führten, da waren es gerade die vernünftig denkenden Handwerksmeister, die einen entgegengesetzten Standpunkt einnahmen, wie ihn hier die Handwerkskammer einnimmt. Sie erklärten damals, daß gerade die schlechten Arbeitsverhältnisse die Gesellen dem Handwerk entfremden und sie jenen Erwerbszweigen zuführten, die ihnen ein besseres Auskommen böten. Auch sei es eine unleugbare Tatsache, daß die konkurrenzfähigsten Betriebe in jenen Gegenden und Dörfern vorhanden seien, wo die besten Arbeitsverhältnisse beständen. Letzteres erklärt sich eben ganz natürlich aus dem Umstande, daß gute Arbeitsverhältnisse auch tüchtige Arbeitskräfte anziehen, diese aber bedeutend mehr zu leisten vermögen, wie minderwertige Kräfte. Wenn nun trotz und alledem die Düsseldorfer Handwerkskammer in ihrem Geschäftsbericht zum Ausdruck bringt, daß gute auskömmliche Löhne die Existenz der Kleinmeister gefährdeten, so erweist sie mit einer solchen Belehrung den Handwerksmeistern den denkbar schlechtesten Dienst. Würden dieselben nämlich in niedrigen Löhnen für die Gesellen ihr Heil suchen, dann bleibt auch ihnen sicherlich die Enttäuschung über den Erfolg nicht erspart. Sie werden dann, allerdings zu ihrem eigenen Schaden, die alte Erfahrung in neuer Auflage bestätigt erhalten, daß gute Löhne tüchtige Arbeitskräfte mit auskömmlichen Gewinnen für die Arbeitgeber nach sich ziehen, während umgekehrt schlechte Löhne und schlechte Arbeitsverhältnisse auch die Arbeitgeber schädigen. Daß aber durch gute Löhne die Selbständigmachung der Gesellen erschwert werden soll, wie es oben die Handwerkskammer andeutet, ist einfach lächerlich. Wenn heute Gesellen ein selbständiges Geschäft gründen wollen, so können sie vor allen Dingen neben den erforderlichen Kennt-

nissen das notwendige Kleingeld nicht entbehren. Haben sie dieses nicht, so werden ihnen nur in Ausnahmefällen die Kenntnisse allein es ermöglichen, selbständig zu werden. Kenntnisse und Geld, beides zusammen müssen heute diejenigen haben, welche ein Geschäft gründen wollen, und beides muß eben in sehr vielen Fällen in den Gesellenjahren erworben werden. Dann aber auch liegt die Ursache, daß die Gesellen nicht mehr selbständig werden können, in ganz anderen Verhältnissen begründet. Mit den technischen Erfindungen entwickelte sich die Industrie, welche dem Handwerk schwere Konkurrenz machte. Es war von diesem Moment an für das Handwerk eine Notwendigkeit, sich ebenfalls die technischen Erfindungen anzueignen. Diese aber brachten unwillkürlich eine Vergrößerung der Betriebe mit sich, machte sie sogar in sehr vielen Fällen unumgänglich notwendig, was gleichzeitig den Gesellen mehr und mehr die Aussicht auf Selbständigkeit raubte. In dieser Entwicklung ist eben nichts zu ändern; es gilt vielmehr, sich derselben anzupassen. Uebrigens wird kein vernünftiger Mensch behaupten können, daß es jemals wieder möglich wird, allen gelernten Handwerksgehilfen die sichere Aussicht auf Selbständigkeit zu verschaffen. Diese Zeiten sind für immer vorbei. Nach den Erhebungen des kaiserl. statistischen Amtes in Berlin, welches im Jahre 1895 über die Lage des Handwerks Erhebungen anstellte, die sich auf $\frac{1}{3}$ der deutschen Bevölkerung erstreckte, kamen auf 100 Handwerksmeister 112,8 Gesellen und Lehrlinge. Dasselbe Verhältnis betrug im Jahre 1816: 56,19, 1834: 60,48, 1846: 84,30, 1861: 104,44. Vergewärtigt man sich nun, daß in manchen Handwerksbetrieben mehrere Hundert gelernte Gesellen beschäftigt werden, so leuchtet daraus unzweifelhaft hervor, daß es gar nicht denkbar ist, daß diese Gesellen alle sich selbstständig machen können.

Die günstigen Löhne der Gesellen sollen dann weiterhin bei diesen die Lust zum Heiraten vermehren. Man sollte bald annehmen, daß im Bezirk der Handwerkskammer Düsseldorf die Gesellen einfach glänzende Lohnverhältnisse hätten, die ein sorgenfreies Familienleben ermöglichen! Thatsächlich aber sieht es dort vielfach ganz anders aus. Auch im Düsseldorfer Bezirk werden, wenn auch nicht im allgemeinen wie in manchen andern Gegenden, noch vielfach Löhne gezahlt, die nichts weniger wie ein geordnetes Familienleben gestatten.

Was sodann den gewerkschaftlichen Zusammenschluß angeht, durch den die Interessentgegenstände verschärft werden sollen, so ist auch diese Behauptung nicht richtig. Wohl kann man es begreifen, daß die Handwerksmeister, wenigstens teilweise in ihrer Kurzsichtigkeit die Gewerkschaften über alle Berge wünschen. Nichtsdestoweniger aber haben die Gesellen ebenfals das Recht, sich zur Verbesserung ihrer wirtschaftlichen Verhältnisse zu organisieren, wie auch die Herren Meister. Die Interessentgegenstände werden dadurch nicht verschärft sondern auszugleichen gesucht. Wem dies allerdings nicht paßt, dem ist nicht zu helfen. Geändert wird dadurch auf keinen Fall etwas an der Thatsache, daß die Handwerksgehilfen sich immer mehr gewerkschaftlich organisieren, und das mit Recht!

Sozialpolitische Anträge im Reichstage.

Ende gut, alles gut, so scheinen unsere Volksvertreter im Reichstage augenscheinlich auch zu denken, indem sie noch kurz vor Schluß der Reichstagsperiode eine ganze Menge sozialpolitischer

Anträge eingebracht haben. Wenn alle diese Anträge recht bald Gesetz werden, dann haben zweifelsohne auch die Arbeiter Anlaß, trotzdem es mit den Reformen etwas lange gedauert hat, mit der Thätigkeit des jetzigen Reichstages auf sozialpolitischem Gebiete so ziemlich zufrieden zu sein. Wir wollen im Nachstehenden nun die einzelnen Anträge folgen lassen und zwar zunächst die, welche von bürgerlichen Abgeordneten eingebracht wurden.

Der Reichstag wolle beschließen: dem Herrn Reichskanzler zu ersuchen, dem Reichstage alsbald einen Gesetzentwurf vorzulegen, wonach der Titel VII der Gewerbeordnung wie folgt abgeändert wird:

1. Der § 135 Absatz 3 erhält folgende Fassung: Junge Leute zwischen 14 und 18 Jahren dürfen in Fabriken nicht länger als zehn Stunden beschäftigt werden.

2. Der § 137 Absatz 2 erhält folgende Fassung: Die Beschäftigung von Arbeiterinnen über 18 Jahren darf die Dauer von zehn Stunden, an den Vorabenden der Sonn- und Festtage die Dauer von neun Stunden nicht überschreiten.

3. Hinter den § 137 wird eingeschaltet: § 137a. Jugendlernen Arbeiter und Arbeiterinnen darf Arbeit nach Hause nicht mitgegeben werden.

4. Dem § 139a Absatz 1 wird hinzugefügt: 5. für bestimmte Industriezweige Ausnahmen von den Bestimmungen des § 137a zulassen.

5. Im § 145 Absatz 1 Ziffer 2 werden die Worte „§§ 135 bis 137“ ersetzt durch die Worte: „§§ 135 bis 137a“.

Der Reichstag wolle beschließen, die verbündeten Regierungen zu ersuchen, in die Gewerbeordnung die Bestimmungen aufzunehmen, wonach für die derselben unterstellten Betriebe die regelmäßige Maximalarbeitszeit zehn Stunden beträgt.

Der Reichstag möge den Reichskanzler ersuchen, in der nächsten Session dem Reichstage einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch den die Rechtsfähigkeit von Berufsvereinen auf der Grundlage des bürgerlichen Gesetzbuches geregelt wird.

Die verbündeten Regierungen zu ersuchen, dem Reichstage einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch welchen den im § 152 der Gewerbeordnung erwähnten Vereinigungen und sonstigen zur Wahrnehmung von Berufsinteressen gegründeten Vereinen gestattet wird, ihre Bestrebungen zur Verbesserung der Lage der Arbeiter auch auf Veränderung der Gesetzgebung zu richten.

Außer diesen, wurden von den Sozialdemokraten noch folgende Anträge eingebracht:

„Der Reichstag wolle beschließen:

1. die verbündeten Regierungen zu ersuchen, dem Reichstage alsbald einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch welchen an Stelle der im § 139b der Reichs-Gewerbe-Ordnung bestimmten Beamten und Landes-Polizeibehörden Betriebsaufsichts-Behörden nach folgenden Grundzügen errichtet werden:

Die Aufsicht erstreckt sich auf alle Betriebe im Gewerbe, einschließlich der Heimarbeit, Handel, Verkehr, Bergbau, Land- und Forstwirtschaft, Fischerei und Schiffahrt. So wird einer Reichs-Zentral-Aufsichtsbehörde übertragene, welche diese nach Inspektionsbezirken zu organisieren hat.

In den Inspektionsbezirken wird die Betriebsaufsicht von Reichsbeamten und Bezugsordnern gemeinsam ausgeübt mit dem Recht, ihre Anordnungen zwangsweise durchzuführen.

Die Bezugsordner sind auf Grund eines allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts von den Hilfspersonen aller Betriebe zu wählen. Welche Beamten und Bezugsordner sind entsprechend der Zahl der in den Betrieben beschäftigten weiblichen Hilfspersonen anzustellen beziehungsweise zu wählen.

2. die verbündeten Regierungen zu ersuchen, dem Reichstage alsbald einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch den die regelmäßige tägliche Maximal-Arbeitszeit für alle im Lehr-, Arbeits- und Dienstverhältnis im Gewerbe, Industrie, Handels- und Verkehrswesen Beschäftigten Personen vorläufig auf 10 Stunden festgesetzt und innerhalb gesetzlich zu bestimmenden Fristen auf 8 Stunden verkürzt wird.“

Zu den sozialdemokratischen Anträgen bemerkt die Soziale Praxis, daß diese offenbar nur zu demonstrativen und agitatorischen Zwecken eingebracht seien und die positiven Fortschritte des Arbeiterchums dadurch gefährdet würden. Es wäre

nicht das erste Mal, daß im Reichstag sozialpolitische Reformen durch ein Zusammengehen der Sozialdemokraten und der Reaktionen zu Fall gebracht worden sind.

Eine chronische Krankheit.

on der mehr oder weniger alle Gewerkschaften, auch unser Verband, leidet, ist der geringe Besuch der Mitglieder- und Ortsversammlungen. Die verschiedensten Mittel wurden schon angewendet, um diese Krankheit zu beseitigen. Ein Abtätal- oder Allheilmittel ist aber bis heute noch nicht gefunden worden und wird schwerlich auch zu finden sein. Der Vorschlag, den ein Kollege in Nr. 6 unsers Organs macht, zeugt von gutem Willen; aber die Durchführung desselben ist nicht nur mit Kosten und Mühe verbunden, sondern wird nur noch mehr der Laubheit auf die Beine helfen. Ein besseres Mittel, die Versammlungsschwänzerel zu fördern, kann man sich nicht denken. Werden den Schwänzern die Versammlungsprotokolle feinerlich ins Haus gebracht, so erfahren sie allerdings die Vorgänge, ob sie aber dadurch zum Versammlungsbesuch angeeifert werden, ist eine andere Frage. Gerade das Gegenteil wird der Fall sein. Denn nun wissen sie ja, was vorgeht, sie bekommen es ja ins Haus gebracht und nun haben sie es erst recht bequem erhalten. Die Krankheit, welche man heilen wollte, erhält neuen Nährstoff und wird noch gefördert. So mancher Kollege, der bisher ein eifriger Versammlungsbesucher war, wird es nun auch einmal nicht so genau nehmen und wer will es ihm verargen. Er sagt sich, wenn man den Versammlungsbericht an diejenigen schicken kann, welche nie anwesend sind, kann man ihn mir auch schicken, da ich gerade so gut und so viel an Beiträgen bezahle wie jene. Hat er Unrecht? Keineswegs. Dieser Vorschlag würde nachgerade zu einer Prämie für die lauen Mitglieder, welche den Zahlstellen erhebliche Kosten verursachen und dem Schriftführer neue Mühen, beide rentieren sich aber nicht und das Uebel wird nicht beseitigt, sondern es wird ihm Vorschub geleistet. Bei der Frage nach Mitteln zur Erreichung eines guten Versammlungsbesuchs wird stets nach Ursachen zu suchen sein, welche diesen verhindern. Derartige Verhältnisse, wie z. B. Lage und Beschaffenheit des Lokals, Zeitpunkt der Versammlung werden stets von Einfluß auf den Besuch derselben sein. Weit wichtiger aber ist, daß mit dem Schlenkerian in den Versammlungen aufgeräumt wird, nämlich mit der Unpünktlichkeit. Diese ist mit die Hauptursache eines schlechten Besuchs. Unverzeihlich ist es, wenn selbst Vorstandsmitglieder hierin sündigen. Die Freude und das Interesse an Versammlungen schwindet, wenn man vor Beginn derselben 1 Stunde oder noch länger im Lokale sitzen muß und abwarten muß bis endlich die Säumiger antommen. Wird spät angefangen ist die natürliche Folge, daß auch spät Schluß gemacht wird. Beides ist von Uebel und das Letztere noch mehr wie das Erste. Namentlich für verheiratete Mitglieder ist es von Wert, daß dieses Uebel beseitigt wird. Die Frauen haben vielfach noch nicht das nötige Verständnis für die Gewerkschaftsbewegung und betrachten die Versammlungen, welche bis nach Mitternacht dauern, als eine Verleitung zu unnötigen Geldausgaben, schimpfen recht tüchtig, wenn der Mann spät nach Hause kommt. Um den Frieden im Hause zu behalten, bleiben nun sehr viele verheiratete Kollegen daheim. Gerne würden sie die Versammlungen besuchen, wenn dieselben nur beizeiten angefangen und geschlossen würden. Ein weiterer Grund des schlechten Versammlungsbesuchs infolge des späten Beginnes sind die Geldausgaben. Leider stehen den Gewerkschaften keine Lokale zur Verfügung, in denen Kränzwang nicht besteht. Finden sich nun Kollegen zur rechten Zeit ein und die Versammlung beginnt eine Stunde später, so werden dieselben zu größeren Ausgaben veranlaßt für Getränke, denn das Trödeln steht bei Lokalinhabern bekanntlich nicht sehr ger. Auch wird durch das späte Beginnen manchem Kollegen Gelegenheit gegeben, da und dort sich hinzubegeben, und häufig wird die Versammlung dann vergessen und gar nicht besucht. Nicht immer ist Gleichgültigkeit der Kollegen oder mangelndes Interesse die Ursache des schlechten Versammlungsbesuchs, es sollen hierdurch aber keineswegs diese Untugenden beschönigt werden, sondern obengenannte Dinge sind es in erster Reihe. Dazu kommt noch, daß man da und dort nicht recht versteht die Versammlungen anregend zu gestalten. So viele Artikel sind schon in unserem Organ über-

erschienen, daß es nünftig ist hierauf einzugehen. Der Verkehr der Mitglieder unter sich selbst ist ebenfalls eine Ursache guten oder schlechten Versammlungsbesuchs. An Orten wo die Kollegen im persönliche Verkehr miteinander stehen und dadurch einander aneifern können, wird auch dieses günstig auf die Versammlungen wirken; wo dagegen jede Fühlung fehlt, ist das Gegenteil der Fall. Wollen wir also gut besuchte Versammlungen erzielen, dann sind vor allen Dingen die Ursachen, welche hindern in den Weg treten, zu beseitigen. Vor allen Dingen, und dies gilt für alle Orte, ist zu empfehlen: 1. der persönliche Verkehr der Mitglieder muß gepflegt werden durch Vertrauensmänner und gegenseitiges Nähertreten; 2. pünktlicher Beginn der Versammlungen und zeitigen Schluß derselben; 3. die Versammlungen sollen der Ort der Belehrung, der gegenseitigen Aussprache der Mitglieder sein. Wird dieses getan, so wird auf einfache Art und Weise ohne Kosten sicher das Interesse der Mitglieder an den Versammlungen teilzunehmen zum Besten ihrer selbst und des Verbandes gefördert.

Schauinsand.

Erreichung eines besseren Versammlungsbesuchs.

Der in Nr. 6 des Organs gemachte Vorschlag eines Kollegen aus Düsseldorf mag für manche Stadt wohl angebracht sein, jedoch für den weit- aus größten Teil der Zahlstellen nicht. Die Ausarbeitung eines ausführlichen Versammlungsberichtes, der den abwesenden Kollegen ein genaues Bild über die Versammlung verschaffen soll, bedarf besonders fähiger Personen. Daß es daran mangelt, zeigt in vielen Zahlstellen allein schon die mangelhafte Führung der Protokolle. Außerdem ist es zweifelhaft, daß der Besuch der Versammlungen vermehrt wird, wenn man den Kollegen alles schriftlich in's Haus bringen würde. Die Hauptursache wird immer sein und bleiben: die Anregung anregender und interessanter Versammlungen. In diesem Punkte müssen die Zahlstellenvorstände alles aufbieten, was sie vermögen. Auch jedes Mitglied kann in dieser Sache mitwirken, durch Aufwerfen allgemein interessierender Fragen der Arbeits- und Lohnverhältnisse und sonstiger Angelegenheiten. Vielfach macht man leider die Beobachtung, daß Mitglieder alles Thun und Lassen der Ortsverwaltungen kritisieren, während sie selbst absolut nichts Besseres vorzuschlagen wissen. Auch ist es ein Fehler, wenn in den Versammlungen nur bestehende Mißstände angetastet werden, ohne praktisch an der Beseitigung derselben zu arbeiten. Auch die Diskussionen sind vielfach nicht derartig, daß sie anregend auf die Versammlungsbesucher wirken. Man vermeide vor allem jede persönliche Rechthaberel, welche nicht selten zur Feindschaft unter den Kollegen ausartet. In den Versammlungen muß jeder Kollege den Eindruck gewinnen, daß hier kameradschaftliches Zusammenwirken stattfindet. Ein All-Heil-Mittel dürfte es kaum geben, um die Versammlungen alle zu gut besuchen zu machen, allein es läßt sich bei etwas Umsicht der Vorstände, welche den lokalen Verhältnissen und den sonstigen Bedürfnissen der Mitglieder Rechnung trägt, ganz gut der Versammlungsbesuch vermehren.

Wanne.

E. S.

Zur Neueinteilung der Verbandsbezirke

möchte ich kurz meine Ansicht äußern. Den Entschluß, unser Agitations-System zu reformieren, resp. die Bezirke neu einzuteilen, kann ich nur begrüßen. Die Pflicht unsere Organisation durch rege Arbeit zu fördern und auszubauen, und vor allem die einmal gegründeten Zahlstellen aufrecht und lebensfähig zu erhalten, gebietet es uns, hierzu neue Mittel und Wege zu suchen. Die bis jetzt mit der Agitation betrauten Kollegen haben trotz aller Mühen und Opferwilligkeit nicht vermocht, alle neu gegründeten Zahlstellen aufrecht zu halten. Wie ist diesem Umstande nun zu begegnen? Vorgenannte Verhältnisse werden sich auch einstellen, wenn die Bezirke neu eingeteilt sind, doch hoffe ich, daß es nach der Neueinteilung den Bezirksvorständen besser möglich ist, sich über den Stand der einzelnen Zahlstellen zu informieren, ebenso auch über die Organisationsfähigkeit der einzelnen Bezirke. Rowendig wird es jedoch sein, daß die einzelnen Bezirke genau umgrenzt werden, denn nur dann ist systematisches Arbeiten möglich, wenn die einzelnen Vorstände genau wissen, wie weit ihr Bezirk reicht. Es kann trotzdem, wie auch in dem

Artikel in Nr. 6 des Organs gesagt wird, die Thätigkeit der einzelnen Bezirksleiter sich auf einen andern Bezirk erstrecken, jedoch nach erfolgter Bekundigung. Auf diese Weise wird es mir möglich sein, genau und zuverlässige Berichte aus den einzelnen Bezirken zu erhalten. Dann stimmt ich dem Artikel in Nr. 6 zu, in welchem vor falscher Spar- samkeit gewarnt wird, wenn es heißt Geldmittel zur Agitation zu bewilligen. Gerade der Umstand, daß einige in der Agitation stehende Kollegen hier und da die Kosten scheuen, ist zweifellos eine Ursache, daß unsere Bewegung nicht in dem Maße voran geht, wie wir es wünschen. Darüber sollten wir uns klar sein, daß eine junge Organisation alles daran setzen muß, um neue Mitglieder zu werben, damit wir leistungsfähig bestehen, denn nur dann können wir unser Ziel erreichen. Da wir nun aber von den Kollegen, welche Erholung und Ruhe der Ausbreitung unsers Verbandes opfern, nicht erwarten können, auch noch bedeutende Opfer an Geldmitteln für unsere Sache zu bringen, so ist es selbstverständlich, daß die erforderlichen Agitationskosten von der Organisation gedeckt werden müssen! Der Vorschlag, die Centrale solle die Geldangelegenheit regeln, ist anzuerkennen, denn würden die einzelnen Bezirke dieses regeln, so verursachte das eine Menge Arbeit, während die Mehrarbeit, welche der Centrale zufiele, nicht so bedeutend werden wird. Des Weiteren wird in Nr. 6 vorgeschlagen, die Zahlstellen möchten in Zukunft 85% an die Centrale senden. Da aber 80% die Agitationskosten nicht decken würden, müßte der Rest der Centralkasse entnommen werden. Der gezeigte Weg mag recht gut sein, doch glaube ich, daß wir in diesem Punkte nicht schablonenmäßig vorgehen dürfen, sondern hier müssen die kleinen und minderleistungsfähigen Zahlstellen berücksichtigt werden. Wenn ich auch im Übrigen dem letzten Vorschlage zustimme, so kann doch nicht geleugnet werden, daß schon jetzt, nachdem 80% statt 75% an die Centrale abgesandt werden, den Lokalkassen ein nicht allzu großer Betrag verbleibt. Ich bin nun allerdings der Meinung, daß die Lokalkassen gerade keine großen Schätze aufzuhäufen brauchen, doch ist eine gewisse Summe immerhin nicht zu verachten, besonders wenn man bedenkt, daß davon eine ganze Reihe von Ausgaben bestritten werden müssen, z. B. für die Bibliothek, für das Karten- und Agitationsmaterial für soziale Wahlen und dergl. Zum Schluß noch ein Wort über die Größe der einzuteilenden Bezirke. Nach meiner Ansicht sind die vorgeschlagenen Bezirke etwas groß. Doch da ich im Allgemeinen über die Organisationsfähigkeit derselben nicht genau orientiert bin, so will ich nur Westfalen herausgreifen. Ich glaube kaum, daß ein Kollege bei seiner täglichen gewerblichen Beschäftigung imstande ist, oder sein würde, die industriereiche Provinz zur Gänze zu bereisen. Nun ist ja klar, daß mehrere, ja eine ganze Reihe von Kollegen die Bezirksvorstände unterstützen, müssen und werden, doch muß der Vorsteher als Leiter Gelegenheit haben, den ganzen Bezirk genau kennen zu lernen, um auf Grund dieser Kenntnis, eine intensive Agitation entfalten zu können. Daher meine ich, man solle die Bezirke nicht allzu groß bemessen! Hauptsächlich melden sich zu dieser wichtigen Angelegenheit noch recht viele Mitglieder zur Diskussion, damit die Neueinteilung der Agitationsbezirke so geregelt wird, daß unsere Organisation, der Christl. Holzarb.-Verband, sich immer weiter ausbreitet, immer neue opferfreudige Mitglieder gewinnt und so in den Stand gesetzt wird zum Nutzen seiner Mitglieder und des ganzen Standes recht Ersprießliches zu leisten!

Hochim. l. W.

Joseph Biggemann.

In den beiden Nummern 5 und 6 unseres Organs wurde erfreulicherweise ein Plan entworfen, wie die Agitation mehr und intensiver als bisher in Zukunft zu gestalten sei, und gleichzeitig der Wunsch geäußert, daß sich recht viele Kollegen an der Diskussion über diesen Punkt beteiligen möchten. In Nachstehendem suche ich als Mitglied der Agitationskommission Düsseldorf, diesem Rechnung zu tragen. Bezüglich der Einteilung der Verbandsbezirke, scheint mir das Arbeitsfeld für die beiden Schwesterprovinzen Rheinland und Westfalen, für welche je ein Bezirksvorsteher angestellt werden soll zu groß, weil ja die genannten Provinzen verhältnismäßig die meisten Zahlstellen aufzuweisen haben. Wenn da ein Bezirksvorsteher die einzelnen Zahlstellen jährlich nur zweimal besuchen wollte, die Kassa revidieren, bei etwaigen Differenzen unterhandeln, die gegenseitigen Korrespondenzen erledigen,

Berichte an die Centrale schicken usw., so wäre dieses eine Arbeit, welche ein einzelner neben seiner Berufsbeschäftigung meines Erachtens unmöglich in der rechten Weise zum wirklichen Nutzen des Verbandes vollführen könnte. Ich bin der Meinung, daß für Rheinland und Westfalen mindestens je 2 Bezirksvorsitzer angestellt werden müssen, wenn die Agitation thätig betrieben werden soll. Es könnte dann auch bezüglich der Reisekosten viel Geld gespart werden, wenn die Agitationsbezirke entsprechend kleiner eingeteilt würden. Den einzelnen Zahlstellen möge man aber die 20 Prozent der Mitgliederbeiträge ruhig lassen, wobei ich selbstredend voraussetze, daß mit denselben richtig gewirtschaftet wird. Wenn die Zahlstellenverwaltungen die Agitation am Ort in der richtigen Weise betreiben, ihre auswärtigen Referenten selbst bezahlen, sich zur geistigen Bildung ihrer Mitglieder eine Bibliothek anschaffen und sonstige Ausgaben bedenken, so sind nach meinem Dafürhalten 20 Prozent der Mitgliederbeiträge, insofern sie keine Lokalbeiträge erheben, absolut nicht zu viel. Meine Ansicht ist also kurz gesagt die: Man teile die einzelnen Bezirke kleiner ein, um die Agitationskosten in entsprechender Weise zu vermindern. Den Zahlstellen lasse man ruhig wie bisher die 20 Prozent der Beiträge und suche dann in den neu eingeteilten Bezirken unter Leitung des Bezirksvorsitzenden recht viele und tüchtige Agitatoren ausfindig zu machen und heranzuziehen, welche dann für die Ausbreitung sowohl, wie für die innere Festigung des Verbandes zum Nutzen und Segen der ganzen Kollegenschaft arbeiten können.

Dasselborf Wilhelm Klein.

Befriedigt hat gewiß mancher Holzarbeiter die in Nr. 5 und 6 des Organs gemachten Vorschläge gelesen, zwecks Neuerteilung der Verbandsbezirke. Im Interesse der Weiterentwicklung und festeren Gestaltung der einzelnen Zahlstellen, halte ich die Neuerteilung von weittragender Bedeutung. Ebenso die den einzelnen Bezirksvorsitzenden zu verleihenden Vollmachten und die sich daraus ergebenden Funktionen bei Ausbruch von Differenzen, Leitung und Beilegung von Streiks und Neugründung von Zahlstellen erscheinen durchaus wünschenswert. Erlaube mir aber noch folgenden Vorschlag zu machen: Innerhalb dieser 12 großen Bezirke kleinere Abteilungen der näher zusammenliegenden Zahlstellen zu schaffen. Vielleicht könnte da der eine viel von dem anderen lernen in Bezug auf Agitation, Verhalten bei Lohn- und sonstigen Werkstattstreitigkeiten. Auch im Arbeitsnachweis könnte dann vielleicht etwas mehr geschaffen werden. Von Zeit zu Zeit Zusammenkünfte der Vorstände der Zahlstellen innerhalb dieser kleinen Bezirke wären gewiß angebracht. Hoffen wir, daß nach dieser Richtung hin etwas Gutes geschaffen wird zum Segen des Verbandes. Bezüglich der Kostendeckung halte ich den vorgeschlagenen Weg für richtig.

Eben Franz Andre.

Freie Gewerkschaftler als Lohnbrüder.

Unter dieser Ueberschrift wird der Baugewerkschaft aus Düsseldorf geschrieben: „Am Neubau der Realschule arbeiten ungefähr 30—40 Studierende an der Fassade bei der Firma Bosma und Knauer in Tagelohn. Nun kommt eines Tages der Polter mit der Zeichnung der Haupt-Fassade zu den einzelnen Studateuren und frug sie, welchen Preis sie haben müßten, wenn sie die Fassade in Akkord machten. Die Arbeit wurde von den Kollegen zu 7 Mk., 7,50 Mk., 6 Mk., und 5,50 Mk. veranschlagt, wofür letztere Forderung auf das äußerste berechnet war. Wie groß war aber ihr Erstaunen, als am Dienstag Kollege D. mit noch drei Kollegen die Arbeit für sage und schreibe 3,50 Mk. pro qm übernahm, also 2 bis 3 Mk. billiger als die anderen Kollegen. Die Fassade ist etwa 370 qm groß, zu 6 Mk. gerechnet, ist also eine Summe von 370 x 6 = 2220 Mk. Kollege D. und seine Genossen erhalten jedoch nur 3,50 Mk. pro qm, also 370 x 3,50 = 1292 Mk., also 920 Mk. billiger als die anderen Kollegen. — und dies war ein Fehler einer freien Gewerkschaft. Als wir im vorigen Sommer in den Streit traten, geschah dieses zur Erhaltung unserer Löhne, ja der freie Verband wollte sogar eine Lohnerhöhung und nun kommt dessen Vorsitzender und drückt die Löhne fast bis zur Hälfte herab.“

Auf Grund dieser Veröffentlichung fandte nun D. der Baugewerkschaft mit Berufung auf das Preßgesetz eine Verächtigung, in der er die Annahme des Akkords seinen Kollegen in die Schuhe schiebt und sodann die Preisbrüdererei von 7,50 Mk. auf 3,50 Mk. per qm damit zu rechtfertigen sucht, daß sie in 8 Wochen 100 Mk. über Lohn verdient hätten, die Christlichen also die Arbeiten nicht abschätzen könnten.

In seinem und seiner Kollegen Interesse hätte D. jedenfalls besser die Verächtigung unterlassen, denn es ist an und für sich vollständig gleichgültig, ob D. oder seine Genossen die Arbeit angenommen, ebenfalls ob trotz der 3,50 Mk. noch 100 Mk. über Lohn verdient wurden, da in der Verächtigung nicht steht, ob das Ueberverdienst mit Schuften nach bekanntem Muster, oder bei vernünftiger Arbeit erzielt wurde. Die Unternehmer aber werden sich ob solcher Preisfestsetzer sicherlich in's Häuschen lachen. Was für ein Geschrei würde entstehen, wenn dieses die Christlichen gemacht hätten?

Die Errichtung einer Heilstätte für weibliche Lungenkranke

in Baden droht an der Platzfrage zu scheitern. Die Versicherungsanstalt Baden hat mit der für männliche Lungenkranke Arbeiter errichteten Heilstätte Friedrichsheim die besten Erfahrungen gemacht und will nun für die weiblichen Arbeiter eine ähnliche Anstalt errichten. Seit längerer Zeit schon hat die Versicherungsanstalt verschiedene Unterhandlungen gepflogen wegen Erwerbung eines geeigneten Grundstücks. Dieselben sind leider erfolglos geblieben, sei es, daß die Eigentümer enorm hohe Preise für den Boden verlangten, oder man wollte die Lungenkranken nicht in der Gegend haben, weil andere Leute sich benachteiligt glaubten, oder aus Furcht vor Ansteckung. Die Versicherungsanstalt hat in einer öffentlichen Bekanntmachung demjenigen, welcher einen geeigneten Platz ausfindig macht, eine Belohnung von 500 Mk. zugesichert, wenn die Anstalt auf dem betr. Platz erbaut wird. Bezeichnend ist es für das soziale Verständnis und für die Kenntnis des Elends der Lungenkranken seitens verschiedener Kreise, daß die Versicherungsanstalt auf diese Art einen Platz suchen muß. Beschämend ist es für ganz Baden, daß es keinen Platz hat für seine lungenkranken Arbeiterinnen, wo hoch hunderte und tausende andere Leute Erholung und Gesundheit suchen und auch finden auf den herrlichen Höhen des Schwarzwaldes. Zu wünschen ist, daß dieser Schandfleck auf dem ehemals und auch heute noch in manchen Beziehungen vielgepriesenen „Mutterlande“ nicht haften bleibt und daß bald die Nachricht kommt, es ist erreicht.

Mehr Liebe zur Sache.

Es ist ein unerfreuliches Kapitel in der Gewerkschaftsbewegung, daß so manche Kollegen, die bereits der Organisation angehören, derselben später wieder den Rücken kehren. Wir wollen hier von den Fällen absehen, wo Arbeiter durch Terrorismus in die Organisation gezwungen werden und dann später wieder austreten, sondern uns lediglich mit einigen andern Erscheinungen befassen, die die Kollegen als Grund betrachten, der Organisation Lebewohl zu sagen.

In fast allen Fällen, wo einmal schon organisierte Arbeiter als solche aus der Organisation austreten, kann man wohl behaupten, daß diese Kollegen den richtigen Wert einer Gewerkschaft noch nicht erfasst haben. Denn für denjenigen, der den Wert einer gewerkschaftlichen Organisation zu würdigen weiß, giebt es überhaupt keine Gründe zum Austritt, wenigstens keine solche, wie sie heute meistens angeführt werden. Da ist z. B. ein Kollege, der deshalb austritt, weil er glaubt, von irgend einem anderen Mitglied bei dieser oder jener Gelegenheit beleidigt worden zu sein; einem andern Kollegen paßt dieses oder jenes Vorstandsmitglied nicht und darum will er nicht länger mehr Mitglied sein; wieder ein anderer möchte selbst gerne in den Vorstand gewählt sein und weil er das nicht wird, darum for mit dem Verband. Diese sämtlichen Gründe, die man noch vernehmen könnte, zeigen wie wenig berartige Kollegen den inneren Wert eines Verbandes kennen; denn selbst rein negative Motive den Anlaß geben, aus der gewerkschaftlichen Organisation auszutreten. Nur zu oft sind leider persönliche Neiderereien die Ursache, daß ganze Zahlstellen darunter leiden und anstatt vorwärts den

Krebsgang gehen. Darum Kollegen, lasst mit diesen persönlichen Sachen aus der Organisation und lasst das Ziel in's Auge gefaßt, laßt verständig ihr Selbst gegen eure Standesinteressen. Ob dieser oder jener Vorstandsmitglied ist, oder jemand einmal beleidigt hat, über laßt einen menschlichen Fehler bezangen hat, darf einen vernünftigen Menschen nicht dazu veranlassen, der Organisation seinen Rücken zu kehren; denn dieser gehört man nicht Personen, sondern der Sache zu Liebe an.

Auch ist es absolut kein schickliches Verbot aus dem Verbands auszutreten, weil angeblich in einer Zahlstelle nicht alles dasjenige geleistet wird, was man von ihr erwartet. Dafür ist ein jeder gleichberechtigtes Mitglied, daß er dort, wo es vorteilhaft in einem Punkte hapert, einpringt und es besser macht. Ist man hierzu nicht imstande aus irgend einem Grunde, dann soll man wenigstens versuchen, andere zu veranlassen, es besser zu machen. Ein Mitglied, dem die Sache höchstet, wird stets und überall darauf bedacht sein, den Verband vorwärts zu bringen und nie aus keinem Grunde dem Verbands den Rücken kehren, wenn es statutenmäßig demselben angehören darf.

Möchten daher in allen Zahlstellen sämtliche Kollegen so handeln, daß stets die Sache gefördert wird. Werden von irgend einem Kollegen Fehler begangen, dann muß ein jeder darnach trachten mitzuhelfen, daß die Fehler wieder gut gemacht und in Zukunft gänzlich vermieden werden. Wo der gute Wille und die Liebe zur Sache vorhanden ist, können überhaupt Zwistigkeiten keine Rolle spielen, die meistens nur die Zahlstellen schädigen. Deshalb fort mit allen Zwistigkeiten, dann geht unsere Bewegung auch überall vorwärts.

Kundschau.

Gegen die katholischen Gewerkschaften sprach sich der Berliner Arbeiterverein St. Matthias durch Annahme folgender Resolution aus:

In Erwägung, daß die Redaktion des Arbeiter die christlichen Gewerkschaften in fast jeder Nummer angreift, und in weiterer Erwägung, daß eine große Zahl von Mitgliedern unseres Vereins christlich organisiert sind, beauftragt unser Verein seinen Vorstand, die Leitung des Verbandes anzusprechen, dahin zu wirken, daß solche Ausfälle gegen die christlichen Gewerkschaften unterbleiben.

So ist's Recht. Wenn nur in allen Arbeitervereinen, wo man den katholischen Gewerkschaftsrundmel betreibt, die Arbeiter sich recht kräftig zur Wehr setzen möchten, dann würden die Wacker sich bald auswirtschaften.

Der Gewerksverein der Ziegler in Lippe hielt am 4. Febr. in Horn seine 8. Generalversammlung ab. Staatsminister General, Regierungsrat Döhmer und Reichstagsabgeordneter Meier-Jobst nahmen als Gäste an den Verhandlungen teil. Letztere erstreckten sich auf die Beschäftigung weiblicher Arbeitskräfte auf Ziegeleien sowie auf die Bildung von Ziegelmesser-Vereinigungen. Bezüglich der weiblichen Arbeitskräfte wurde eine ausführliche Petition an den Bundesrat zu Sachten beschlossen. Ferner beschloß die Generalversammlung, den Beitrag von jährlich 1,20 Mk. auf 2,40 Mk. zu erhöhen. Dafür erhält in Zukunft jedes Mitglied nach zweijähriger Mitgliedschaft Anspruch auf 25 Mk. Sterbegeld. An den Prinzregenten von Lippe wurde ein Begrüßungstelegramm gesandt, worauf dieser als Antwort der Generalversammlung seinen Erfolg wünschte.

Differenzen bei der Firma G. D. Raugen, Spinnerei in M. Gladbach, deren Veranlassung in einer 13% Lohnerminderung bestand, wurden durch das Eingreifen des Christl. Zentralarbeiterverbandes beigelegt.

Genossenschaftlichkeit. Eine Gewerkschaft, die eine gute Sache hat, wird selbst dadurch eher, daß sie für die Arbeiter nichts tut, als daß sie vor einem Wochen in Kreis der Genossenschaft. Wenn dieser Anspruch der Genossenschaft nicht geleistet wird, ist dann kann man mit Recht allen sozialdemokratischen Verbänden, die größere Kräfte hegen, entgegenhalten, nur leidet sie die Arbeiter nicht. Uebrigens wird diese Leistung Raugens nur ein Verleumdung, da gewiesen sein, und die Sache in der Reihe der sozialdemokratischen Zentralarbeiterverbandes vorwärts mit der Arbeiter. Statt gegen über der gefälligen Fälle des Christl. Zentralarbeiterverbandes, der die Arbeiter zu werden immerhin zeigen würde, wenn man den in gefälligen Genossen nicht alles bieten kann.

nicht das erste Mal, daß im Reichstag sozialpolitische Reformanträge durch ein Zusammengehen der Sozialdemokraten und der Rektionäre zu Fall gebracht worden sind.

Eine chronische Krankheit,

an der mehr oder weniger alle Gewerkschaften, auch unser Verband, leidet, ist der geringe Besuch der Mitgliederversammlungen. Die verschiedensten Mittel wurden schon angewendet, um diese Krankheit zu beseitigen. Ein Habitual- oder Allheilmittel ist aber bis heute noch nicht gefunden worden und wird schwerlich auch zu finden sein. Der Vorschlag, den ein Kollege in Nr. 6 unsers Organs macht, zeugt von gutem Willen; aber die Durchführung desselben ist nicht nur mit Kosten und Mühe verbunden, sondern wird nur noch mehr der Laune auf die Beine helfen. Ein besseres Mittel, die Versammlungsschwänzererei zu fördern, kann man sich nicht denken. Werden den Schwänzern die Versammlungsprotokolle fein säuberlich ins Haus gebracht, so erfahren sie allerdings die Vorgänge, ob sie aber dadurch zum Versammlungsbesuch angeeifert werden, ist eine andere Frage. Gerade das Gegenteil wird der Fall sein. Denn nun wissen sie ja, was vorgeht, sie bekommen es ja ins Haus gebracht und nun haben sie es erst recht bequem erhalten. Die Krankheit, welche man heilen wollte, erhält neuen Nährstoff und wird noch gefördert. So mancher Kollege, der bisher ein eifriger Versammlungsbesucher war, wird es nun auch einmal nicht so genau nehmen und wer will es ihm verargen. Er sagt sich, wenn man den Versammlungsbericht an diejenigen schicken kann, welche nie anwesend sind, kann man ihn mir auch schicken, da ich gerade so gut und so viel an Beiträgen bezahle wie jene. Hat er Unrecht? Keineswegs. Dieser Vorschlag würde nachgerade zu einer Prämie für die lauen Mitglieder, welche den Zahlstellen erhebliche Kosten verursachen und dem Schriftführer neue Mühen; beide rentieren sich aber nicht und das Uebel wird nicht beseitigt, sondern es wird ihm Vorschub geleistet. Bei der Frage nach Mitteln zur Erreichung eines guten Versammlungsbesuchs wird stets nach Ursachen zu suchen sein, welche diesen verhindern. Dertliche Verhältnisse, wie z. B. Lage und Beschaffenheit des Lokals, Zeitpunkt der Versammlung werden stets von Einfluß auf den Besuch derselben sein. Weit wichtiger aber ist, daß mit dem Schlenbrian in den Versammlungen ausgeräumt wird, nämlich mit der Unpünktlichkeit. Diese ist mit die Hauptursache eines schlechten Besuchs. Unverzeihlich ist es, wenn selbst Vorstandsmitglieder hierin sündigen. Die Freude und das Interesse an Versammlungen schwindet, wenn man vor Beginn derselben 1 Stunde oder noch länger im Lokale sitzen muß und abwarten muß bis endlich die Säumigen ankommen. Wird spät angefangen ist die natürliche Folge, daß auch spät Schluß gemacht wird. Beides ist von Uebel und das Letztere noch mehr wie das Erste. Namentlich für verheiratete Mitglieder ist es von Wert, daß dieses Uebel beseitigt wird. Die Frauen haben vielfach noch nicht das nötige Verständnis für die Gewerkschaftsbewegung und betrachten die Versammlungen, welche bis nach Mitternacht dauern, als eine Verleitung zu unnötigen Geldausgaben, schimpfen recht tüchtig, wenn der Mann spät nach Hause kommt. Um den Frieden im Hause zu behalten, bleiben nun sehr viele verheiratete Kollegen daheim. Gerne würden sie die Versammlungen besuchen, wenn dieselben nur beizzeiten angefangen und geschlossen würden. Ein weiterer Grund des schlechten Versammlungsbesuchs infolge des späten Beginnes sind die Geldausgaben. Leider stehen den Gewerkschaften keine Lokale zur Verfügung, in denen Trinktzwang nicht besteht. Finden sich nun Kollegen zur rechten Zeit ein und die Versammlung beginnt eine Stunde später, so werden dieselben zu größeren Ausgaben veranlaßt für Getränke, denn das Trockenhiesigen steht bei Lokaltündern bekanntlich nicht sehr gern. Auch wird durch das späte Beginnen manchem Kollegen Gelegenheit gegeben, da und dort sich hinzubegeben, und häufig wird die Versammlung dann vergessen und gar nicht besucht. Nicht immer ist Gleichgültigkeit der Kollegen oder mangelndes Interesse die Ursache des schlechten Versammlungsbesuchs, es sollen hierdurch aber keineswegs diese Untugenden beschönigt werden, sondern obgenannte Dinge sind es in erster Reihe. Dazu kommt noch, daß man da und dort nicht recht versteht die Versammlungen anregend zu gestalten. So viele Artikel sind schon in unserem Organ hierüber

erschienen, daß es unnötig ist hierauf einzugehen. Der Verkehr der Mitglieder unter sich selbst ist ebenfalls eine Ursache guten oder schlechten Versammlungsbesuchs. In Orten wo die Kollegen im persönliche Verkehr miteinander stehen und dadurch einander aneifern können, wird auch dieses günstig auf die Versammlungen wirken; wo dagegen jede Fühlung fehlt, ist das Gegenteil der Fall. Wollen wir also gut besuchte Versammlungen erzielen, dann sind vor allen Dingen die Ursachen, welche hindernd in den Weg treten, zu beseitigen. Vor allen Dingen, und dies gilt für alle Orte, ist zu empfehlen: 1. der persönliche Verkehr der Mitglieder muß gepflegt werden durch Vertrauensmänner und gegenseitiges Nähertreten; 2. pünktlicher Beginn der Versammlungen und zeitigen Schluß derselben; 3. die Versammlungen sollen der Ort der Belehrung, der gegenseitigen Aussprache der Mitglieder sein. Wird dieses gethan, so wird auf einfache Art und Weise ohne Kosten sicher das Interesse der Mitglieder an den Versammlungen teilzunehmen zum Besten ihrer selbst und des Verbandes gefördert. Schlußstand.

Erreichung eines besseren Versammlungsbesuchs.

Der in Nr. 6 des Organs gemachte Vorschlag eines Kollegen aus Düsseldorf mag für manche Stadt wohl angebracht sein, jedoch für den weitesten Teil der Zahlstellen nicht. Die Ausarbeitung eines ausführlichen Versammlungsberichtes, der den abwesenden Kollegen ein genaues Bild über die Versammlung verschaffen soll, bedarf besonders fähiger Personen. Daß es daran mangelt, zeigt in vielen Zahlstellen allein schon die mangelhafte Führung der Protokolle. Außerdem ist es zweifelhaft, daß der Besuch der Versammlungen vermehrt wird, wenn man den Kollegen alles schriftlich in's Haus bringen würde. Die Hauptfrage wird immer sein und bleiben: die Anregung anregender und interessanter Versammlungen. In diesem Punkte müssen die Zahlstellenvorstände alles aufbieten, was sie vermögen. Auch jedes Mitglied kann in dieser Sache mitwirken, durch Aufwerfen allgemein interessierender Fragen der Arbeits- und Lohnverhältnisse und sonstiger Angelegenheiten. Vielfach macht man leider die Beobachtung, daß Mitglieder alles Thun und Lassen der Ortsverwaltungen kritisieren, während sie selbst absolut nichts Besseres vorzuschlagen wissen. Auch ist es ein Fehler, wenn in den Versammlungen nur bestehende Mißstände aufgetischt werden, ohne praktisch an der Beseitigung derselben zu arbeiten. Auch die Diskussionen sind vielfach nicht derartig, daß sie anregend auf die Versammlungsbesucher wirken. Man vermeide vor allem jede persönliche Rechthabererei, welche nicht selten zur Feindschaft unter den Kollegen ausartet. In den Versammlungen muß jeder Kollege den Eindruck gewinnen, daß hier kameradschaftliches Zusammenwirken stattfindet. Ein All-Heil-Mittel dürfte es kaum geben, um die Versammlungen alle zu gut besuchten zu machen, allein es läßt sich bei etwas Umsicht der Vorsitzenden, welche den lokalen Verhältnissen und den sonstigen Bedürfnissen der Mitglieder Rechnung trägt, ganz gut der Versammlungsbesuch vermehren.

Wanne.

E. S.

Zur Neueinteilung der Verbandsbezirke

möchte ich kurz meine Ansicht äußern. Den Entschluß, unser Agitations-System zu reformieren, resp. die Bezirke neu einzuteilen, kann ich nur begrüßen. Die Pflicht, unsere Organisation durch rege Arbeit zu fördern und auszubauen, und vor allem die einmal gegründeten Zahlstellen aufrecht und lebensfähig zu erhalten, gebietet es uns, hierzu neue Mittel und Wege zu suchen. Die bis jetzt mit der Agitation betrauten Kollegen haben trotz aller Mühen und Opferwilligkeit nicht vermocht, alle neu gegründeten Zahlstellen aufrecht zu halten. Wie ist diesem Umstande nun zu begegnen? Vorgenannte Verhältnisse werden sich auch einstellen, wenn die Bezirke neu eingeteilt sind, doch hoffe ich, daß es nach der Neueinteilung den Bezirksvorsitzenden besser möglich ist, sich über den Stand der einzelnen Zahlstellen zu informieren, ebenso auch über die Organisationsfähigkeit der einzelnen Bezirke. Notwendig wird es jedoch sein, daß die einzelnen Bezirke genau umgrenzt werden, denn nur dann ist systematisches Arbeiten möglich, wenn die einzelnen Vorsitzenden genau wissen, wie weit ihr Bezirk reicht. Es kann trotzdem, wie auch in dem

Artikel in Nr. 6 des Organs gesagt wird, die Thätigkeit der einzelnen Bezirksleiter sich auf einen andern Bezirk erstrecken, jedoch nach erfolgter Verändigung. Auf diese Weise wird es nur möglich sein, genau und zuverlässige Berichte aus den einzelnen Bezirken zu erhalten. Dann stimme ich dem Artikel in Nr. 6 zu, in welchem vor falscher Sparsamkeit gewarnt wird, wenn es heißt Geldmittel zur Agitation zu bewilligen. Gerade der Umstand, daß einige in der Agitation stehende Kollegen hier und da die Kosten scheuen, ist zweifellos eine Ursache, daß unsere Bewegung nicht in dem Maße voran geht, wie wir es wünschen. Darüber sollten wir uns klar sein, daß eine junge Organisation alles daran setzen muß, um neue Mitglieder zu werben, damit wir leistungsfähig dastehen, denn nur dann können wir unser Ziel erreichen. Da wir nun aber von den Kollegen, welche Erholung und Ruhe der Ausbreitung unsers Verbandes opfern, nicht erwarten können, auch noch bedeutende Opfer an Geldmitteln für unsere Sache zu bringen, so ist es selbstverständlich, daß die erforderlichen Agitationskosten von der Organisation gedeckt werden müssen! Der Vorschlag, die Centrale solle die Geldangelegenheit regeln, ist anzuerkennen, denn würden die einzelnen Bezirke dieses regeln, so verursachte das eine Menge Arbeit, während die Mehrarbeit, welche der Centrale zusteht, nicht so bedeutend werden wird. Des Weiteren wird in Nr. 6 vorgeschlagen, die Zahlstellen möchten in Zukunft 85% an die Centrale senden. Da aber 5% die Agitationskosten nicht decken würden, müßte der Rest der Centrakasse entnommen werden. Der gezeigte Weg mag recht gut sein, doch glaube ich, daß wir in diesem Punkte nicht schablonenmäßig vorgehen dürfen, sondern hier müssen die kleinen und minderleistungsfähigen Zahlstellen berücksichtigt werden. Wenn ich auch im Übrigen dem letzten Vorschlage zustimme, so kann doch nicht gezeugnet werden, daß schon jetzt, nachdem 80% statt 75% an die Centrale abgesandt werden, den Lokalkassen ein nicht allzu großer Betrag verbleibt. Ich bin nun allerdings der Meinung, daß die Lokalkassen gerade keine großen Schätze aufzuhäufen brauchen, doch ist eine gewisse Summe immerhin nicht zu verachten, besonders wenn man bedenkt, daß davon eine ganze Reihe von Ausgaben bestritten werden müssen; z. B.: für die Bibliothek, für das Kartell, für Agitation, für soziale Wahlen und dergl. Zum Schluß noch ein Wort über die Größe der einzuteilenden Bezirke. Nach meiner Ansicht sind die vorgeschlagenen Bezirke etwas groß. Doch da ich im Allgemeinen über die Organisationsfähigkeit derselben nicht genau orientiert bin, so will ich nur Westfalen herausgreifen. Ich glaube kaum, daß ein Kollege bei seiner täglichen gewerblichen Beschäftigung imstande ist, oder sein würde, die industriereiche Provinz zur Genüge zu bereisen. Nun ist ja klar, daß mehrere, ja eine ganze Reihe von Kollegen die Bezirksvorsitzenden unterstützen müssen und werden, doch muß der Vorsitzende als Leiter Gelegenheit haben, den ganzen Bezirk genau kennen zu lernen, um auf Grund dieser Kenntnis, eine intensive Agitation entfalten zu können. Daher meine ich, man solle die Bezirke nicht allzu groß bemessen! Hauptsächlich melden sich zu dieser wichtigen Angelegenheit noch recht viele Mitglieder zur Diskussion, damit die Neueinteilung der Agitationsbezirke so geregelt wird, daß unsere Organisation, der christl. Holzarb.-Verband, sich immer weiter ausbreitet, immer neue opferfreudige Mitglieder gewinnt und so in den Stand gesetzt wird zum Nutzen seiner Mitglieder und des ganzen Standes recht Ersprießliches zu leisten!

Bochum i. W.

Joseph Biggemann.

In den beiden Nummern 5 und 6 unsers Organ's wurde erfreulicherweise ein Plan entworfen, wie die Agitation mehr und intensiver als bisher in Zukunft zu gestalten sei, und gleichzig der Wunsch geäußert, daß sich recht viele Kollegen an der Diskussion über diesen Punkt beteiligen möchten. In Nachstehendem suche ich als Mitglied der Agitationskommission Düsseldorf, diesem Rechnung zu tragen. Bezüglich der Einteilung der Verbandsbezirke, scheint mir das Arbeitsfeld für die beiden Schwesterprovinzen Rheinland und Westfalen, für welche je ein Bezirksvorsteher angestellt werden soll zu groß, weil ja die genannten Provinzen verhältnismäßig die meisten Zahlstellen aufzuweisen haben. Wenn da ein Bezirksvorsteher die einzelnen Zahlstellen jährlich nur zweimal besuchen wollte, die Kassa revidieren, bei etwaigen Differenzen unterhandeln, die gegenseitigen Correspondenzen erledigen,

Berichte an die Zentrale schicken usw., so wäre dieses eine Arbeit, welche ein einzelner neben seiner Berufsbeschäftigung meines Erachtens unmöglich in der rechten Weise zum wirklichen Nutzen des Verbandes vollführen könnte. Ich bin der Meinung, daß für Rheinland und Westfalen mindestens je 2 Bezirksvorsitzer angestellt werden müssen, wenn die Agitation thätig betrieben werden soll. Es könnte dann auch bezüglich der Reisekosten viel Geld gespart werden, wenn die Agitationsbezirke entsprechend kleiner eingeteilt würden. Den einzelnen Zahlstellen möge man aber die 20 Prozent der Mitgliederbeiträge ruhig lassen, wobei ich selbstredend voraussetze, daß mit denselben richtig gewirtschaftet wird. Wenn die Zahlstellenverwaltungen die Agitation am Ort in der richtigen Weise betreiben, ihre auswärtigen Referenten selbst bezahlen, sich zur geistigen Bildung ihrer Mitglieder eine Bibliothek anschaffen und sonstige Auslagen decken, so sind nach meinem Dafürhalten 20 Prozent der Mitgliederbeiträge, insofern sie keine Lokalbeiträge erheben, absolut nicht zu viel. Meine Ansicht ist also kurz gesagt die: Man teile die einzelnen Bezirke kleiner ein, um die Agitationskosten in entsprechender Weise zu vermindern. Den Zahlstellen lasse man ruhig wie bisher die 20 Prozent der Beiträge und suche dann in den neu eingeteilten Bezirken unter Leitung des Bezirksvorsitzenden recht viele und tüchtige Agitatoren ausfindig zu machen und heranzuziehen, welche dann für die Ausbreitung sowohl, wie für die innere Festigung des Verbandes zum Nutzen und Segen der ganzen Kollegenschaft arbeiten können.

Düsseldorf

Wilhelm Kleinen.

Beschiedigt hat gewiß mancher Holzarbeiter die in Nr. 5 und 6 des Organs gemachten Vorschläge gelesen, zwecks Neueinteilung der Bezirke. Im Interesse der Weiterentwicklung und festeren Gestaltung der einzelnen Zahlstellen, halte ich die Neueinteilung von weittragender Bedeutung. Ebenso die den einzelnen Bezirksvorsitzenden zu verleihenden Vollmachten und die sich daraus ergebenden Funktionen bei Ausbruch von Differenzen, Leitung und Beilegung von Streiks und Neugründung von Zahlstellen erscheinen durchaus wünschenswert. Erlaube mir aber noch folgenden Vorschlag zu machen: „Innerhalb dieser 12 großen Bezirke kleinere Verbindungen der näher zusammen liegenden Zahlstellen zu schaffen. Vielleicht könnte da der eine viel von dem anderen lernen in Bezug auf Agitation, Verhalten bei Lohn und sonstigen Werkstattstreitigkeiten. Auch im Arbeitsnachweis könnte dann vielleicht etwas mehr geschaffen werden. Von Zeit zu Zeit Zusammenkünfte der Vorstände der Zahlstellen innerhalb dieser kleinen Bezirke wären gewiß angebracht. Hoffen wir, daß nach dieser Richtung hin etwas Gutes geschaffen wird zum Segen des Verbandes. Bezüglich der Kostendeckung halte ich den vorgeschlagenen Weg für richtig.“

Essen

Franz André.

Freie Gewerkschaftler als Lohnbrüder.

Unter dieser Ueberschrift wird der Baugewerkschaft aus Düsseldorf geschrieben:

„Am Neubau der Realschule arbeiten ungefähr 30—40 Stuckateure an der Fassade bei der Firma Bosma und Knauer in Tagelohn. Nun kommt eines Tages der Polter mit der Zeichnung der Haupt-Fassade zu den einzelnen Stuckateuren und frug sie, welchen Preis sie haben möchten, wenn sie die Fassade in Afford machten. Die Arbeit wurde von den Kollegen zu 7 Mk., 7,50 Mk., 6 Mk., und 5,50 Mk. veranschlagt, welche letztere Forderung auf das äußerste berechnet war. Wie groß war aber ihr Erstaunen, als am Dienstag Kollege D. mit noch drei Kollegen die Arbeit für sage und schreibe 3,50 Mk. pro qm übernahm, also 2 bis 3 Mk. billiger als die anderen Kollegen. Die Fassade ist etwa 370 qm groß, zu 6 Mk. gerechnet, ist also eine Summe von $370 \times 6 = 2220$ Mk. Kollege D. und seine Genossen erhalten jedoch nur 3,50 Mk. pro qm, also $370 \times 3,50 = 1292$ Mk., also 920 Mk. billiger als die anderen Kollegen — und dies war ein Führer einer „freien“ Gewerkschaft. Als wir im vorigen Sommer in den Streik traten, geschah dieses zur Erhaltung unserer Löhne, ja der „freie“ Verband wollte sogar eine Lohnerhöhung und nun kommt dessen Vorsitzender und bricht die Löhne fast bis zur Hälfte herab.“

Auf Grund dieser Veröffentlichung sandte nun D. der Baugewerkschaft mit Berufung auf das Prehgesetz eine Verächtigung, in der er die Annahme des Affords seinen Kollegen in die Schuhe schiebt und sobald die Preisbrüdererei von 7,50 Mk. auf 3,50 Mk. per qm damit zu rechtfertigen sucht, daß sie in 3 Wochen 100 Mk. über Lohn verdient hätten, die Christlichen also die Arbeiten nicht abschätzen könnten.

In seinem und seiner Kollegen Interesse hätte D. jedenfalls besser die Verächtigung unterlassen, denn es ist an und für sich vollständig gleichgültig, ob D. oder seine Genossen die Arbeit angenommen, ebenfalls ob trotz der 3,50 Mk. noch 100 Mk. über Lohn verdient wurden, da in der Verächtigung nicht steht, ob das Ueberverdienst mit Schuften nach bekanntem Muter, oder bei vernünftiger Arbeit erzielt wurde. Die Unternehmer aber werden sich ob solcher Preisfestsetzer sicherlich in's Faustchen lachen. Was für ein Geschrei würde entstehen, wenn dieses die Christlichen gemacht hätten?

Die Errichtung einer Heilstätte für weibliche Lungenkranke

In Baden droht an der Platzfrage zu scheitern. Die Versicherungsanstalt Baden hat mit der für männliche lungenkranke Arbeiter errichteten Heilstätte Friedrichsheim die besten Erfahrungen gemacht und will nun für die weiblichen Arbeiter eine ähnliche Anstalt errichten. Seit längerer Zeit schon hat die Versicherungsanstalt verschiedene Unterhandlungen gepflogen wegen Erwerbung eines geeigneten Grundstücks. Dieselben sind leider erfolglos geblieben, sei es, daß die Eigentümer enorm hohe Preise für den Boden verlangten, oder man wollte die Lungenkranke nicht in der Gegend haben, weil andere Leute sich benachteiligt glaubten, oder aus Furcht vor Ansteckung. Die Versicherungsanstalt hat in einer öffentlichen Bekanntmachung demjenigen, welcher einen geeigneten Platz ausfindig macht, eine Belohnung von 500 Mk. zugesichert, wenn die Anstalt auf dem betr. Platz erbaut wird. Bezeichnend ist es für das soziale Verständnis und für die Kenntnis des Stenbs der Lungenkranke seitens verschiedener Kreise, daß die Versicherungsanstalt auf diese Art einen Platz suchen muß. Beschämend ist es für ganz Baden, daß es keinen Platz hat für seine lungenkranke Arbeiterinnen, wo doch hunderte und tausende andere Leute Erholung und Gesundheit suchen und auch finden auf den herrlichen Höhen des Schwarzwaldes. Zu wünschen ist, daß dieser Schandfleck auf dem ehemals und auch heute noch in manchen Beziehungen vielgepriesenen „Musterlande“ nicht haften bleibt und daß bald die Nachricht kommt, es ist erreicht.

Mehr Liebe zur Sache.

Es ist ein unerfreuliches Kapitel in der Gewerkschaftsbewegung, daß so manche Kollegen, die bereits der Organisation angehören, derselben später wieder den Rücken kehren. Wir wollen hier von den Fällen absehen, wo Arbeiter durch Terrorismus in die Organisation gezwungen werden und dann später wieder austreten, sondern uns lediglich mit einigen andern Erscheinungen befassen, die die Kollegen als Grund betrachten, der Organisation Lebewohl zu sagen.

In fast allen Fällen, wo einmal schon organisierte Arbeiter als solche aus der Organisation austreten, kann man wohl behaupten, daß diese Kollegen den richtigen Wert einer Gewerkschaft noch nicht erfaßt haben. Denn für denjenigen, der den Wert einer gewerkschaftlichen Organisation zu würdigen weiß, giebt es überhaupt keine Gründe zum Austritt, wenigstens keine solche, wie sie heute meistens angeführt werden. Da ist z. B. ein Kollege, der deshalb austritt, weil er glaubt, von irgend einem anderen Mitglied bei dieser oder jener Gelegenheit beleidigt worden zu sein; einem andern Kollegen paßt dieses oder jenes Vorstandsmitglied nicht und darum will er nicht länger mehr Mitglied sein; wieder ein anderer möchte selbst gerne in den Vorstand gewählt sein und weil er das nicht wird, darum fort mit dem Verband. Diese armseligen Gründe, die man noch verzehnfachen könnte, zeigen, wie wenig derartige Kollegen den inneren Wert eines Verbandes kennen, wenn selbst rein persönliche Motive den Anlaß geben, aus der gewerkschaftlichen Organisation auszutreten. Nur zu oft sind leider persönliche Reibereien die Ursache, daß ganze Zahlstellen darunter leiden und, anstatt vorwärts den

Kreuzgang gehen. Darum Kollegen, halt mit diesen persönlichen Sachen aus der Organisation und nur das Ziel in's Auge gefaßt, sonst verständig ihr auch selbst gegen eure Standesinteressen. Ob dieser oder jener Vorstandsmitglied ist, oder jemand einmal beleidigt hat, oder sonst einen menschlichen Fehler begangen hat, darf einen vernünftigen Menschen nicht dazu veranlassen, der Organisation untreu zu werden; denn dieser gehört man nicht Personen, sondern der Sache zu Liebe an.

Auch ist es absolut kein stichhaltiger Grund aus dem Verbands auszutreten, weil angeblich in einer Zahlstelle nicht alles dasjenige geleistet wird, was man von ihr erwartet. Dafür ist ein jeder gleichberechtigtes Mitglied, daß er dort, wo es vielleicht in einem Punkte hapert, einspringt und es besser macht. Ist man hierzu nicht in der Lage aus irgend einem Grunde, dann soll man wenigstens versuchen, andere zu veranlassen, es besser zu machen. Ein Mitglied, dem die Sache hochsteht, wird stets und überall darauf bedacht sein, den Verband vorwärts zu bringen und nie aus keinem Grunde dem Verbands den Rücken kehren, wenn es statutgemäß demselben angehören darf.

Möchten daher in allen Zahlstellen sämtliche Kollegen so handeln, daß stets die Sache gefördert wird. Werden von irgend einem Kollegen Fehler begangen, dann muß ein jeder darnach trachten mitzuhelfen, daß die Fehler wieder gut gemacht und in Zukunft gänzlich vermieden werden. Wo der gute Wille und die Liebe zur Sache vorhanden ist, können überhaupt Zwistigkeiten keine Rolle spielen, die meistens nur die Zahlstellen schädigen. Deshalb fort mit allen Zwistigkeiten, dann geht unsere Bewegung auch überall vorwärts.

Kundschau.

Gegen die katholischen Gewerkschaften sprach sich der Berliner Arbeiterverein St. Matthias durch Annahme folgender Resolution aus:

In Erwägung, daß die Redaktion des Arbeiter die christlichen Gewerkschaften in fast jeder Nummer angreift, und in weiterer Erwägung, daß eine große Zahl von Mitgliedern unseres Vereins christlich organisiert sind, beauftragt unser Verein seinen Vorstand: die Leitung des Verbandes anzusprechen, dahin zu wirken, daß solche Ausfälle gegen die christlichen Gewerkschaften unterbleiben.

So ist's Recht. Wenn nur in allen Arbeitervereinen, wo man den katholischen Gewerkschaftsrummel betreibt, die Arbeiter sich recht kräftig zur Wehr setzen möchten, dann würden die Mäcker sich bald auswirtschaften.

Der Gewerbeverein der Ziegler in Lippe hielt am 4. Febr. in Horn seine 8. Generalversammlung ab. Staatsminister Genelob, Regierungsrat Böhmert und Reichstagsabgeordneter Meier-Jobst nahmen als Gäste an den Verhandlungen teil. Letztere erstreckten sich auf die Beschäftigung weiblicher Arbeitskräfte auf Ziegeleien sowie auf die Bildung von Ziegelmeister-Vereinigungen. Bezüglich der weiblichen Arbeitskräfte wurde eine ausführliche Petition an den Bundesrat zu richten beschlossen. Ferner beschloß die Generalversammlung, den Beitrag von jährlich 1,20 Mk. auf 2,40 Mk. zu erhöhen. Dafür erhält in Zukunft jedes Mitglied nach zweijähriger Mitgliedschaft Anspruch auf 25 Mk. Sterbegeld. An den Prinzregenten von Lippe wurde ein Begrüßungstelegramm gesandt, worauf dieser als Antwort der Generalversammlung besten Erfolg wünschte.

Differenzen bei der Firma G. D. Langen, Spinnerei in M.-Gladbach, deren Veranlassung in einer 13% Lohnverminderung bestand, wurden durch das Eingreifen des christl. Textilarbeiterverbandes beigelegt.

Genossenschaftlichkeit. Eine Gewerkschaft, die eine gute Kasse hat, die zeigt dadurch eben, daß sie für die Arbeiter nichts leistet, so sprach vor einigen Wochen in Krefeld Genosse Paulsen. Wenn dieser Anspruch, den Herr Paulsen sich geleistet, richtig ist, dann kann man mit Recht allen sozialdemokratischen Verbänden, die größere Kassen besitzen, entgegenhalten, ihr leistet für die Arbeiter nichts. Uebrigens wird diese Leistung Paulsens nur eine Verlegenheitsrede gewesen sein, um die Ebbe in der Kasse des sozialdemokratischen Textilarbeiterverbandes, verursacht durch den Meraner Streik, gegenüber der gefüllten Kasse des christlichen Verbandes, trotz der Coesfelder Aussperrung, zu verdecken. Immerhin zeigen solche Reden, was man den „angestarteten“ Genossen nicht alles bieten kann.

Ein: Arbeitsnachweis-Organisation, die sich auf ganz Deutschland erstrecken soll, beabsichtigt dem Vernehmen nach die Regierung ins Leben zu rufen. Die einzelnen Nachweise, unter Aufsicht der Gemeindevorstände, die auch die Kosten zu tragen hätten, sollen durch eine Zentralkasse mit einander verbunden werden.

Herr Hue leistet sich im Korrespondenzblatt über die Landarbeiterorganisation einen Artikel, in dem er dem Arbeitersekretär Giesberts am Zeuge zu stehen sucht. Der Artikel macht auch zur Zeit die Runde in der sozialdemokratischen Parteipresse. Der Verfasser ist derselbe Hue, von dem wir in Nr. 1 eine, von seinen eigenen Genossen entworfenen Charakterbeschreibung brachten. Auf Grund dessen wissen unsere Mitglieder, was sie von dem Geistesprodukt dieses Menschen zu halten haben.

Rechtspredung.

Kann der Arbeiter wegen Mißhandlung eines Arbeitsgenossen sofort entlassen werden?

Der minderjährige Arbeiter J., Sohn des Klägers, hat einen Mitarbeiter, einen in seiner geistigen Entwicklung zurückgebliebenen Menschen, in absichtlicher Weise mit Wasser beschüttet. Letzterer hierdurch gereizt, erwiderte diesen Angriff durch einen Schlag, den er dem J. ins Gesicht verfehlte. Hierauf führte J. mit dem in der Hand gehaltenen Glase einen wuchtigen Hieb nach dem Kopfe seines Gegners und schleuderte demselben weiter noch das Glas mit solcher Wucht an den Kopf, daß dasselbe in Stücke ging und der Mißhandelte eine schwere Verletzung davontrug. Kläger beantragt Schadenersatz wegen ungerechtfertigter Entlassung. Die Beklagte ist verurteilt.

Aus den Gründen: Wenn auch die That des Sohnes des Klägers als eine Brutaltat und Rohheit ohne gleichen bezeichnet werden muß, so bezieht dieselbe gleichwohl den Arbeitgeber nicht, den Arbeitsvertrag sofort zu lösen. In § 128 der G.D. sind die Fälle in erschöpfender Weise aufgezählt, welche die sofortige Entlassung des Arbeitnehmers zulassen. Keiner der dort aufgeführten Gründe für Entlassung trifft auf den vorliegenden Fall zu. Die Entlassung auf Ziffer 5 der angeführten Gesetzesstelle zu stützen ist unzulässig, da es sich hier nicht um einen thätlichen Angriff gegenüber dem Arbeitgeber, seinem Vertreter oder Familienangehörigen handelt. Man könnte noch an Ziffer 6 der citierten Bestimmung denken, allein für deren Anwendbarkeit fehlt es an der Voraussetzung der Vorsätzlichkeit. Denn eine vorsätzliche Zertrümmerung des Glases ist nicht gegeben. Der Thäter hatte nur den Voratz seinen Gegner zu mißhandeln, nicht aber sind irgend welche Anhaltspunkte dafür gegeben, daß die Beschädigung des Glases beabsichtigt war. Nach Lage der Sache stellt sich die Entlassung des Arbeiters als rechtlich nicht begründet dar.

Wenn in einer Branche die Übung besteht, daß an Vorabenden von hohen Feiertagen ohne Lohnzahlung die Arbeit vorzeitig beendet wird, so kann der Arbeitgeber durch einseitige Erklärung diese Übung nicht beseitigen.

Ein Lehrvertrag, der vom Lehrling nicht unterschrieben ist, ist nicht als schriftlicher Lehrvertrag im Sinne der § 126 B. G. B. anzusehen.

Oberleuten stellen an sich keinen Mißbrauch des dem Vorgesetzten zustehenden Rechtes der väterlichen Zucht dar.

Ein Arbeiter, der entlassen wird, weil er eine Beleidigung seitens des Arbeitgebers erwidert hat, kann keine Entschädigung beanspruchen. Der Arbeiter hätte bei der Beleidigung seitens des Meisters von seinem Kündigungsrecht Gebrauch machen können; er erwarb aber dadurch kein Recht, seinerseits zu beleidigen.

Ein Plakat in der Werkstätte (Werkstattordnung) das Kündigungsantritt bestimmt, ist unverbindlich, wenn dem Arbeiter die Kenntnis nicht nachgewiesen werden kann. Das Gewerbegericht.

Lohnbewegung.

Zugung ist fernzuhalten von: Tapezierern nach Hamburg, Schreiner nach Pößnitz a. N.

(Wie bitten, um jede Woche mindestens per Karte über den Stand der Differenzen Mitteilung zu machen, da sonst die Warnung wegfällt.)

Mitteilung.

Da in den nächsten Tagen das Adressenverzeichnis neu gedruckt werden soll, verschiedene Zahlstellen aber trotz mehrfacher Aufforderung immer noch nicht die Adressen eingefandt haben, so erinnern wir hierdurch zum letzten Male daran, das Versäumte sofort nachzuholen. Verlangt wird die Angabe: wer die Reiseunterstützung auszahlt und wo sie ausgezahlt wird, ferner in welchem Lokale die regelmäßigen Versammlungen stattfinden.

Die Verbandsleitung.

Aus den Zahlstellen.

Hannover, 8. Febr. In unserer letzten Generalversammlung gab der Vorsitzende Kollege Gimpel zunächst einen Geschäftsbericht über das vergangene Jahr. Darnach fanden 25 Mitglieder 2 Generalversammlungen und eine öffentliche Holzarbeiterversammlung statt. Die Versammlungen hätten durchweg besser besucht sein können; um dieses zu erreichen, wurden auf Vorschlag die Versammlungen wieder auf den Sonnabend Abend verlegt. Sodann gab Kollege Böhmke den Kassenbericht bekannt und nach Bericht der Kassieren, die Alles für richtig befanden, wurde dem Kassierer Entlassung erteilt. Bei der darauf folgenden Vorstandswahl wurden Kollege Gimpel als 1. und Dittgen als 2. Vorsitzender wieder gewählt. Als Kassierer wurde für Kollege Böhmke, der eine Wiederwahl ablehnte, Kollege Krehage, und zum Schriftführer Böhmke gewählt. Als Beisitzer die Kollegen Wilhelm Conradt und Baur, und Wagnere und Händler als Kassieren. Sodann wurde beschlossen, dem Kassierer und den Vertrauensmännern eine kleine Entschädigung zu gewähren. Der Vorsitzende erinnerte sodann die Kollegen, recht eifrig die Versammlungen zu besuchen und versprach sodann im Namen des neugewählten Vorstandes, alle Kräfte für die Weiterentwicklung unserer Zahlstelle zu entfalten.

Berlin. In unserer letzten Versammlung hielt unser neuer Vorsitzender Kollege Wetzel einen Vortrag über das Thema: Was lehren uns die letzten Quartalsabrechnungen unseres Verbandes. Der Vortrag war sozusagen ein Eröffnungsprogramm, das uns zeigte, wie wir am besten zu unserem Wohle, sowie zum Wohle des ganzen Verbandes tätig sein sollen. Der Vortragende wies besonders auf die Gründung der christlichen Gewerkschaften hin, wie sie aus kleinen Anfängen sich so kräftig entwickelt haben. Er rühmte unsern ersten Zentralvorsitzenden Kollege Stegerwald, der in so selbstloser Weise für unsern Verband tätig gewesen ist. An ihm können wir uns ein Beispiel nehmen, indem wir recht eifrig an dem weiteren Ausbau, sowie an der Bergesserung unseres Verbandes mitarbeiten. Besonders soll sich jeder Kollege bestrengen, die Versammlungen regelmäßig zu besuchen, sowie auch die Beiträge pünktlich zu

entrichten und überall aufläuternd wirken. Nach dem Vortrage wurde zur Schlichtung von etwaigen Differenzen, sowie zur Kontrollierung der Verhältnisse, von Mitgliedern unseres Verbandes arbeiten, eine Enquete-Kommission gewählt bestehend aus den Kollegen Gammeling, Hebe und Meißner, die sich nebenbei auch der Agitation widmen sollen. Die nächste Versammlung findet am 28. Februar in der Stallschloßstr. 126 statt, mit Vortrag des Herrn Sanger über die sozialen Bilder der Gegenwart.

Oberhausen. In unserer am Sonntag, den 8. Feb. stattgefundenen Versammlung wurde unter anderem auch die Vorstandswahl getätigt. Es gingen aus dieser Wahl hervor: Peter Kallenberg 1. Vorsitzender, August Thümler 2. Vorsitzender, Janning Kassierer, Sander Schriftführer, Knebel Diakon, Kretsch und Galt als Beisitzer. Die regelmäßigen Versammlungen finden jeden 2. u. 4. Sonntag im Monat statt.

Versammlungskalender.

- Aischaffenburg. Am 1. März, morgens 10 1/2 Uhr im Schwetzerhof.
- Alteneffen. Samstag den 28. Februar.
- Barmen. Am 28. Februar, abends 8 1/2 Uhr bei Martha, Parlamentstr. 8.
- Berlin. Samstag den 28. Februar, Stallschloßstr. 126, mit Vortrag des Herrn Sanger über die sozialen Bilder der Gegenwart.
- Bremer. Samstag den 28. Februar, abends 9 Uhr Buchstraße 48-49.
- Erfeld. Sonntag den 1. März, vormittags 1/2 12 Uhr.
- Ein. Samstag den 28. Februar, abends 9 Uhr Ehrenstr. 74.
- Gölschensfeld. Samstag den 28. Februar, abends 9 Uhr bei Schneider, Venloerstraße.
- Darmstadt. Samstag den 28. Februar, abends punkt 1/2 9 Uhr.
- Erfeld. Samstag den 28. Februar, abends 9 Uhr.
- Fürth. Sonntag den 1. März, nachmittags 2 Uhr im Gesellenhospitz Versammlung mit Vortrag des Herrn Schmeißer aus Nürnberg. Vollzähliges Erscheinen der Kollegen wird erwartet.
- Görlitz. Sonnabend den 28. Februar, abends 9 Uhr.
- Schwetzer. Samstag den 28. Februar, abends 8 1/2 Uhr im kleinen Saale des christl. Arbeitervereins.
- Hamburg. Sonnabend den 28. Februar.
- Jüdelstadt. Sonntag den 1. März.
- Karlruhe. Samstag den 28. Februar.
- Landshut. Sonntag den 22. Februar, vormittags 10 Uhr.
- Pippstadt. Sonntag den 22. Februar. Die Mitglieder werden ersucht, unorganisierte Kollegen mitzubringen.
- Münster, Sektoren der Fischer. Sonntag den 1. März, mittags 12 Uhr bei Pape, Clemensstr.
- Münster. Samstag den 28. Februar, abends 8 1/2 Uhr im goldenen Anker.
- Naumburg. Samstag den 21. Februar, punkt 1/2 9 Uhr im Saal. Männerverein. Tagesordnung: Stellungnahme gegen die Errichtung eines Schlichtungsgerichtes seitens der Innung. Näheres Bescheid wird erwartet.
- Reife. Sonnabend den 21. Februar, abends 8 1/2 Uhr im schwarzen Schiffe, Schulstr. Referent Kollege Kluge aus Giesmannsdorf. Die Kollegen mögen in dieser Versammlung alle erscheinen.
- Nürnberg. Sonntag den 22. Februar, nachmittags 2 Uhr im Gesellenhospitz.
- Offenbach. Um auch den auswärts wohnenden Kollegen Gelegenheit zu geben unsere Versammlungen zu besuchen, wird die nächste Versammlung Sonntag den 1. März, nachmittags 3 Uhr bei Albrecht, Herrenstr. abgehalten werden. Pünktliches Erscheinen wird erwartet. Die Mitgliedbücher sind mitzubringen!
- Paderborn. Samstag den 28. Februar.
- Rattingen. Samstag den 28. Februar, abends 8 1/2 Uhr bei Kürten, Bechmerstr.
- Schalle. Samstag, 28. Febr. bei Kettelbed, Wilhelmstr. 33.
- Wanne. Samstag, 28. Febr., abends 8 1/2 Uhr, Schulstr. 6.

Briefkasten.

Heute. Das Buchlein: „Leitfaden der einfachen Buchführung“ ist zu beziehen durch den Verlag von Paul Neuenstein in Detmold. Verschiedene eingelaufene Briefe folgen in der nächsten Nummer.

PAUL HORN
HAMBURG.
PATENTE IN
FABRIK CHEMISCHER PRODUKTE.

Goldene Medaille, London 1883. Prämiert: Hamburg 1887, Gewerbe- u. Industrie-Ausstellung, Hamburg 1890, Deutsche Tischler-Ausstellung, Leipzig 1896, Drechselerei-Fachausstellung.
Nattpräparate (als Nativum, Salin-Natt, Natilacke) sind absolut wasserrecht, tragen sich leicht auf und sind sofort trocken.

Monopol-Polituren (Schellack-Polituren ohne Oelanwendung) haben sich in den grössten Fabriken dauernd Eingang verschafft.

Wasserechte Beizen in allen Holzarten, auch almahagoni u. englischgrün, rauhen das Holz nicht auf, prachtvolle Farbentöne, schnell trocken.

Copal, Bernstein Damar und Asphaltlacke werden nur in gut abgelagerter u. gepulverter Waare zum Versandt gebracht.

Politur-Glanz-Lacke farblos und farbend, sind als das feiner zartere Glanz, Geschmeidigkeit beim Auftragen, polirfähig, dauerhaft schnell trocknend.

Schellack-Porenfüller einzig brauchbares Fabrikat zum Füllen der Holzporen und Schellackmasse.

Schellack-Politur-Extrakte sind mit peinlichster Sorgfalt gereinigt, die jeder Fachmann verwerten sollte.

Div. Sorten Leim als Patentleim, Kraftleim, Gellatleim etc., sind preiswert und von 2. Qualität.

Plintstempelpapiere sind überall gelobt, da sie sehr schnell trocknen.

Patent-Politur zum Reinpulieren erzeugt durch Rollen glatte, blitzblanken Glanz, entfernt alle Ölwolken und verhindert unter Garantie das Oelanschlagen.

Spiritus la. rektifiz. 96% nichtstinkend, u. zollamtlich Kontrolle denaturiert.

Preisbücher gratis und franco.

Für Banmeister.
In unmittelbarer Nähe einer größeren Stadt der Ostprovinz ist ein Bauerngut mit bestergerichtetem Gdewert bei sofort wegem Kranzweil des Besitzers zu verkaufen. Das Ganze umfasst ca. 100 000 qm Seebegründung, Gehaus und Lagerhaus und Wänte auch in zwei Häften geteilt werden, wobei sich der eine Teil für eine größere Fabrikstätte vorzüglich eignen würde. Preis für das Ganze mit Wäntchen 20-30 000. Realer Wert des Gdewertes wenigstens 110 000. Näheres Kostentzettel beim Verkaufer.

Gustav Panneke, Barchin
Stegengasse 11, Verwaltungsbureau.

Unsern lieben Vorsitzenden
Lug. Stings nebst Gemahlin
die herzlichsten
Glück- und Segenswünsche
zu ihrer am 22. Februar stattfindenden Hochzeit.

Gewirbet von den Frau. d. Barchin. Gdew.

Verantwortlicher Redakteur:
Georg Ruckwies, Gdew.
Druck von Heinrich Heßling, Gdew.
Hilfsredakteur: ...